



Geschäftsbericht der Freien Demokraten

2017-2019

Wir bleiben dran

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,
liebe Freunde und Unterstützer der Freien Demokraten,

im Jahr 2017 ist den Freien Demokraten das Comeback in den Deutschen Bundestag gelungen. Die Zeit der außerparlamentarischen Opposition war lehrreich und wurde intensiv genutzt: Sie hat uns als Partei neue Geschlossenheit, klare Gewissheit über unser Leitbild und einen neuen Spirit gebracht, mit dem wir Wahlkämpfe modern und digital gestalten.

Unsere Kampagne zur Bundestagswahl war äußerst erfolgreich und hat neben fünf Millionen Zweitstimmen auch eine Vielzahl von Kreativpreisen gewonnen. Darüber hinaus haben wir im Berichtszeitraum von Mai 2017 bis April 2019 gemeinsam fünf sehr kreative und erfolgreiche Landtagswahlkämpfe geführt. In diesem Jahr bestreiten wir die außerordentlich wichtige Europawahl und bieten den neun wahlkampf führenden Landesverbänden für die Kommunalwahl drei professionelle und flexibel adaptierbare Wahlkampfkampagnen an – erstmals auf der neuen, für alle Mitglieder offenen Kampagnenplattform fdp.de/kampagne.



Eine mitreißende Kampagne und ein gutes Wahlergebnis sind aber nie Selbstzweck: Freie Demokraten wollen Verantwortung wahrnehmen, Ideen vorantreiben und Politik gestalten. Wo dies in Koalitionen möglich ist, bringen Freie Demokraten unser Land konsequent nach vorn: Seit 2017 gestaltet die FDP nun auch in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen die Politik in Regierungsverantwortung mit. Auf Bundesebene hat sich Ende 2017 gezeigt, dass Union und Grüne nicht bereit waren, wesentliche Trendwenden für unser Land umzusetzen. Die FDP hat stattdessen den harten Weg der Opposition gewählt und erarbeitet nun unermüdlich Alternativen zum Regierungshandeln der Großen Koalition. Die Erneuerung und das Comeback der Freien Demokraten haben wir insbesondere den vielen aktiven Mitgliedern in den Gliederungen vor Ort zu verdanken, was auch im vorliegenden Geschäftsbericht deutlich wird. Er belegt in besonderer Weise das vielfältige Engagement unserer Partei, in den Bundesfachausschüssen, den Kommissionen, Arbeitsgruppen und den Vorfeldorganisationen.

Im Wahlkampfbjahr 2017 haben sich knapp 13.500 neue Mitglieder der FDP angeschlossen, und auch in 2018 und 2019 ist die Zahl unserer Mitglieder weiter gestiegen, auf nunmehr 65.037 Mitglieder (Stand Ende März 2019). Das gibt uns große Zuversicht für die kommenden Jahre, in denen wir wieder gemeinsam Kampagnen gestalten werden, um gute Politik für Deutschland und Europa zu machen. Die nächste Bundestagswahl 2021 kommt schneller als wir denken. Die Zeit rast. Aber wir sind gut vorbereitet und neugierig genug, immer wieder die Methoden und Maßnahmen unserer Politik wie auch der Wahlkämpfe zu verbessern. Wir bleiben also dran:

Für mehr Chancen durch mehr Freiheit.

Ihr



Marco Mendorf
Bundesgeschäftsführer

Inhaltsverzeichnis

1 Bundespartei und Bundesgeschäftsstelle.....	4
Präsidium und Bundesvorstand	13
Wahlprüfungsausschuss.....	15
Bundessatzungsausschuss.....	16
Bundesschiedsgericht.....	17
Haushalts- und Finanzkommission	18
Sitzungen der Hauptgeschäftsführer.....	19
Liberales Internationales (LI) und ALDE (Partei).....	20
ALDE (Fraktion).....	23
FDP-Landesverband LV Net	24
FDP-Bürgerfonds	25
Liberaler Parteiservice.....	26
2 Programmarbeit	27
BFA Internationales Politik.....	27
BFA Bau und Wohnen	29
BFA Wirtschaft und Energie	31
BFA Finanzen, Steuern und Haushalt	33
BFA Ernährung und Landwirtschaft.....	36
BFA Arbeit und Soziales.....	38
BFA Gesundheit	39
BFA Justiz, Innen, Integration und Verbraucherschutz	41
BFA Bildung, Forschung und Technologie	45
BFA Umwelt & Bau (bis 2018) / BFA Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (ab 2018)	46
BFA Medien, Internet und digitale Agenda	48
BFA Familie, Senioren, Frauen und Jugend	50
BFA Verkehr.....	51
BFA Kultur.....	52
BFA Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften	54
BFA Sport	56
Kommission Freiheit und Ethik.....	57
AG Parteientwicklung.....	58
Programmkommission zur Europawahl	60
Ad-hoc Arbeitsgruppe des Präsidiums „Chancen durch Vielfalt“	62
3 Liberales Vorfeld	64
Bundesverband Junge Liberale.....	64

Liberaler Mittelstand.....	65
Bundesverband Liberale Frauen.....	66
Bundesverband der Liberalen Senioren.....	67
Bundesverband Liberale Hochschulgruppen	68
Bundesvereinigung Liberaler Kommunalpolitiker.....	69
Liberales Schwule und Lesben	70
4 Statistik.....	72
Mitgliederentwicklung im Berichtszeitraum	72
Wahlergebnisse im Berichtszeitraum.....	73
Organisationsplan der FDP-Bundesgeschäftsstelle.....	74

1 Bundespartei und Bundesgeschäftsstelle

Der **68. Ordentliche Bundesparteitag** vom 28.-30. April 2017 in Berlin stand ganz im Zeichen der bevorstehenden Bundestagswahl. Unter dem Motto „**Schauen wir nicht länger zu**“ wurde u.a. das Wahlprogramm beschlossen. Für alle stand fest: Dieses Jahr soll es endlich wieder eine liberale Stimme im Deutschen Bundestag geben. Mit dem Wahlprogramm „Denken wir neu“ setzten die Freien Demokraten dafür ein klares Signal: In einer Welt, die sich ständig verändert, braucht es den Mut, sich jeden Tag neu zu erfinden, neue Ideen einzubringen und wegzukommen von alten Denkmustern.



Die Freien Demokraten verabschieden ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2017 auf dem 68. Ordentlichen Bundesparteitag in Berlin.

Auf dem Weg zum Comeback in den Deutschen Bundestag gelingt mit der **Landtagswahl in Schleswig-Holstein** am 7. Mai 2017 der nächste große Erfolg. Die Freien Demokraten holen mit ihrem Spitzenkandidaten Wolfgang Kubicki 11,5 Prozent und verbessern damit ihr Ergebnis um 3,3 Prozent. Gemeinsam mit CDU und Bündnis 90/Grünen bildet die FDP eine neue Landesregierung und wählt Daniel Günther zum Ministerpräsidenten. Am Kabinetttisch ist die FDP nun mit Dr. Heiner Garg (Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren sowie stellv. Ministerpräsident) und Dr. Bernd Buchholz (Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus) vertreten.

Auch die **Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen** am 14. Mai 2017 verläuft für die Freien Demokraten äußerst erfolgreich. Die FDP Nordrhein-Westfalen um Spitzenkandidat Christian Lindner erringt mit 12,6 Prozent (um 4 Prozent verbessert) ihr bestes Ergebnis der Geschichte und zieht mit 28 Abgeordneten in den Düsseldorfer Landtag ein. Nach der Wahl kommt es zum angestrebten Regierungswechsel: CDU und FDP bilden die neue „Nordrhein-Westfalen-Koalition“, in der die FDP mit Dr. Joachim Stamp (Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration), Yvonne Gebauer (Ministerin für Schule und Bildung) sowie Prof. Dr. Andreas Pinkwart (Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie) vertreten ist.



FDP-Chef und -Spitzenkandidat für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen Christian Lindner.

Nach den beiden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen wurden alle Kräfte für die Bundestagswahl gebündelt. Am 10. Juli stellten der FDP-Vorsitzende Christian Lindner, Generalsekretärin Nicola Beer und Bundesgeschäftsführer Dr. Marco Buschmann die **Kampagne der FDP zur Bundestagswahl** vor. Die Herausforderungen der Zukunft ließen sich nicht mit Rezepten der Vergangenheit lösen, sagte Nicola Beer bei der Vorstellung. Vor diesem Hintergrund sei man mit der Kampagne ganz neue Wege gegangen. So ist beispielsweise auf einer Großfläche das gesamte Wahlprogramm abgedruckt. „Unsere Kampagne ist getragen von Optimismus, Gestaltungsfreude, Selbstironie und Bescheidenheit“, fasste Lindner treffend zusammen.

Knapp eine Woche vor der Bundestagswahl verabschiedeten die Freien Demokraten einen Wahlauftritt im Rahmen ihres **außerordentlichen Parteitages** am 17. September 2017 in Berlin. Der Wahlauftritt „Warten wir nicht länger“ enthält 10 Trendwenden als Kernforderungen für eine mögliche Regierungsbeteiligung nach der Wahl. Im Mittelpunkt stehen dabei Bildung, Digitalisierung sowie die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger.

Sonntagabend, 24. September 2017, 18 Uhr. Der Moment, auf den so viele gewartet haben. **Die Freien Demokraten ziehen mit 10,7 Prozent wieder in den Deutschen Bundestag ein.** Dem 19. Deutschen Bundestag werden künftig 80 Abgeordnete der FDP angehören. Ein Comeback, das noch keine andere Partei in der Bundesrepublik Deutschland geschafft hat und dass viele nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag 2013 auch nicht für möglich gehalten haben. Ein Comeback, das ohne den engagierten Einsatz der vielen Ehrenamtlichen und der Wahlkämpfer so nicht möglich gewesen wäre. Vier lange Jahre der außerparlamentarischen Opposition sind damit vorbei – für die Partei eine enorm schwierige, aber auch lehrreiche Zeit.



Die FDP feiert 2017 ihr Comeback und zieht mit 10,7 Prozent wieder in den Deutschen Bundestag ein.

Doch zum Feiern bleibt wenig Zeit. Das Wahlergebnis hat die demokratischen Parteien im Deutschen Bundestag vor eine **große Herausforderung** gestellt. Gemeinsam mit CDU, CSU und Bündnis 90/Grüne lotet die FDP zwischen dem 18. Oktober und dem 19. November 2017 die Chancen aus, eine gemeinsame Regierung zu bilden. Tage- und wochenlang wird gerungen, meist bis spät in die Nacht. Am Ende stellt sich heraus: Es gibt keine Basis für eine gemeinsame Regierung, bei den wesentlichen Zukunftsfragen konnte zwischen den vier Parteien keine Einigung erzielt werden. Das Verhandlungsteam um Parteichef Lindner trifft daher die mutige Entscheidung, die **Sondierungsgespräche zu beenden** und die politische Arbeit der FDP aus der Opposition heraus voranzutreiben.

Im Hans-Dietrich-Genscher-Haus kommt es unterdessen nach der Bundestagswahl zur Staffelübergabe: Seit dem 1. November ist **Marco Mendorf**, zuvor politischer Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen, neuer Bundesgeschäftsführer der FDP. Der bisherige Bundesgeschäftsführer **Dr. Marco Buschmann** wurde zum Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der neuen Bundestagsfraktion gewählt.

Am 15. Oktober 2017 wurde der **niedersächsische Landtag neu gewählt**. Die FDP konnte 7,5 Prozent der Wählerstimmen erringen und zieht mit einer starken Fraktion wieder in den Landtag in Hannover ein. Die leichten Verluste, die die FDP hinnehmen musste, waren laut Parteichef Lindner vor allem auf das Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen SPD und CDU zurückzuführen.

Zum Jahresausklang gab es Positives zu vermelden: Mit 12.362 Neumitgliedern verzeichnete die FDP einen neuen **Aufnahmerecord**. Damit haben die Freien Demokraten die 60.000er-Marke bei der Mitgliederzahl geknackt und zählen nun 63.050 Mitglieder (Stand: 31.12.2017). Generalsekretärin Nicola Beer betonte: „Diese Entwicklung zeigt uns, dass wir auf die richtigen Themen und auf die richtige Haltung setzen: optimistisch, mutig, konsequent.“



Staffelübergabe im Hans-Dietrich-Genscher-Haus: Marco Mendorf wird neuer Bundesgeschäftsführer (v.l.n.r.: Marco Mendorf, Christian Lindner, Dr. Marco Buschmann).

Den Auftakt für das Jahr 2018 machte das **Dreikönigstreffen** in Stuttgart. Unter dem Motto „Eine neue Generation Deutschland“ warnten die Redner Christian Lindner, Nicola Beer, der baden-württembergische Landesvorsitzende Michael Theurer und der baden-württembergische Fraktionsvorsitzende Hans-Ulrich Rülke davor, die Politik in Deutschland allein am Status Quo auszurichten. Das Leitmotiv „Eine neue Generation Deutschland“ ist nicht etwa an eine bestimmte Altersgruppe gebunden, sondern zeichnet sich durch neues Denken, mutige Ideen und fortschrittliche Konzepte aus. Nach Ansicht der Freien Demokraten braucht Deutschland eine Wachstumsagenda, um auch in Zukunft wirtschaftlich stark und wettbewerbsfähig zu sein.

Anfang Februar 2018 wurden die Freien Demokraten für ihren erfolgreichen Bundestagswahlkampf ausgezeichnet. Die Kampagne „Denken wir neu“ wurde mit dem **Politikaward 2017** in der Kategorie „Politik“ ausgezeichnet. In ihrer Begründung schreibt die Jury: „In einem Jahr, in dem das Denken der Vergangenheit so erfolgreich war wie nie, beweist die FDP, dass auch Neues Denken erfolgreich sein kann. Ungekürzt und unverdichtet bringt die Kampagne die Arbeit von drei Jahren radikaler Neuausrichtung in die Welt und mündet im Wiedereinzug der Freien Demokraten in den Bundestag.“ Bundesgeschäftsführer Marco Mendorf bedankte sich beim Team der Freien Demokraten und gratulierte den Machern, die den Mut dafür hatten. Später im Jahr wurde die Bundestagswahlkampagne 2017 noch mit einem weiteren Preis ausgezeichnet: FDP und Heimat erhielten im November 2018 **Gold beim GWA Effie** für „liberale Inhalte in einem attraktiven, modernen Look“.

Seit 2015 organisieren sich Spitzenvertreterinnen und -vertreter der deutschen Wirtschaft im **Wirtschaftsforum der Freien Demokraten**. Unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Ludwig Georg Braun, dem FDP-Bundesvorsitzenden Christian Lindner sowie dem Bundesschatzmeister Hermann Otto Solms hat das Wirtschaftsforum im Berichtszeitraum insgesamt achtmal getagt. Aktuell zählt das FDP-Wirtschaftsforum 134 Mitglieder. Das Wirtschaftsforum berät die Parteiführung in wirtschaftspolitischen Fragestellungen und möchte den Menschen in Deutschland wieder mehr Mut und Lust auf die Gestaltung der Zukunft machen. Im Wirtschaftsforum werden aktuelle politische Themen wie beste Bildung, einfache Unternehmensgründungen, leistungsfähige Infrastruktur oder

ein wettbewerbsfähiges Steuerrecht diskutiert. Dabei bringen die einzelnen Mitglieder durch Impulsvorträge ihre Ideen ein.

Im April 2018 ging die Bundesgeschäftsstelle mit einem neuen Format an den Start: dem **InnovationLabBerlin**. Das InnovationLab ist eine Diskussionsplattform für Politik, Digital- und Kreativwirtschaft sowie für die Wissenschaft. Dort werden gemeinsam mit Expertinnen und Experten verschiedene Fragen aus den Bereichen Forschung und Zukunftstechnologien sowie ihre Auswirkungen auf die Politik diskutiert. Den Auftakt machte eine Veranstaltung zum Thema Künstliche Intelligenz und Robotik am 26. April 2018. Die zweite Veranstaltung der Reihe am 14. Juni 2018 widmete sich dem Thema digitale Innovationen im Gesundheitswesen und speziell dem Komplex Connected Health. Und beim bisher letzten InnovationLab am 25. Oktober 2018 ging es um Bioökonomie. Dabei handelt es sich um die nachhaltige und innovative Nutzung biologischer Ressourcen und die Weiterentwicklung biologischer Prozesse.



Auf dem Dreikönigstreffen 2018 verkündeten die Freien Demokraten einen Aufnahmerecord bei den Neumitgliedern und fordern eine Politik, die sich nicht am Status Quo ausrichtet.

Am 12. und 13. Mai fand der **69. Ord. Bundesparteitag** der Freien Demokraten in Berlin statt. Die Freien Demokraten beschlossen eine mutige Zukunftsaenda, um Deutschland zur **Innovation Nation** zu machen. Unter anderem soll mit einem Sofortprogramm schnellstmöglich die Förderung von neuen Ideen angepackt und die Rahmenbedingungen für eine innovationsfreundliche Wirtschaft und Gesellschaft geschaffen werden. Und auch im Bildungswesen muss Deutschland endlich die Anforderungen der Zukunft an die jungen Menschen und an die Arbeitnehmer in den Blick nehmen. Deshalb wollen wir ein „Neues Bildungssystem für Lebenslanges Lernen“ aus den bestehenden Weiterbildungs- und Fortbildungssystemen entwickeln, um aktiv Bildung in jedem Alter zu fördern.

Bereits zum vierten Mal fand im Rahmen des Bundesparteitages auch ein **Neumitgliedertreffen** statt, das neben einem Treffen mit Generalsekretärin Nicola Beer auch einen Besuch im Deutschen Bundestag beinhaltete.

Es war eine Zitterpartie mit glücklichem Ausgang. Die Freien Demokraten feierten bei der **Landtagswahl** am 14. Oktober 2018 mit einem Wahlergebnis von 5,1 Prozent ihr **Comeback in Bayern** und den Wiedereinzug ins Maximilianeum. „Bayern hat wieder eine liberale Stimme im Landtag“, stellte FDP-Spitzenkandidat Martin Hagen am Morgen nach der Wahl zufrieden fest. Dieses Ergebnis trotz schwieriger Bedingungen sei „ein Erfolg, natürlich auch für die Bundespartei“, fügte FDP-Chef Christian Lindner hinzu. Nun wollen die Freien Demokraten wieder frischen Wind ins bayerische Parlament bringen.

Bei der **Landtagswahl in Hessen** am 28. Oktober 2018 bestätigten die Wähler die Ideen der Freien Demokraten für die „Nächste Stufe Hessen“. Sie zogen mit 7,5 Prozent gestärkt wieder in den Landtag ein. „Die FDP hat unter Führung von René Rock in Hessen ein sehr ordentliches Wahlergebnis erzielt, über das wir uns auch in Berlin gefreut haben“, sagte FDP-Chef Christian Lindner vor der Bundespressekonferenz. „Wir stellen fest, dass wir mit unseren Themen überzeugen konnten“, unterstrich Spitzenkandidat René Rock die Aussage Lindners. Das Ereignis wurde auch bei der Wahlparty im Hans-Dietrich-Genscher-Haus entsprechend gefeiert.

Nur jedes fünfte FDP-Mitglied ist weiblich und viele Themen, die für Frauen relevant sind, werden von den Freien Demokraten nicht hinreichend besetzt. Um dieses Phänomen näher zu beleuchten, hat das Präsidium der FDP eine Arbeitsgruppe mit dem Namen „**Chancen durch Vielfalt**“ eingesetzt und zudem eine Umfrage unter weiblichen Parteimitgliedern durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Umfrage wurden am 5. November 2018 in Berlin vorgestellt. Die Arbeitsgruppen legten dem Präsidium im Februar 2019 drei Beratungsvorlagen vor: Das politische Papier „Freiheit durch Emanzipation – Liberale Agenda für Selbstbestimmung und Vielfalt“, einen Code of Conduct sowie ein Zielsystem für mehr Frauen in Führungsfunktionen in der FDP. Die politische Agenda wurde vom Bundesvorstand am 11. März 2019 beschlossen und als Antrag zum 70. Ord. Bundesparteitag eingebracht.

Am 11. November 2018 kamen mehr als 200 Gäste im Hans-Dietrich-Genscher-Haus zum **vierten Freiheitskonvent** der Freien Demokraten zusammen, um über das Programm zur Europawahl zu diskutieren. In einem ersten Schritt ging es darum, sich auf das zu besinnen, was Europa ausmacht und wie man das gemeinsame Friedensprojekt weiter entwickeln kann. FDP-Generalsekretärin Nicola Beer warb in ihrer Eröffnungsrede für „frische Ideen und neues Denken“. Denn: „Die Europäische Union birgt noch viele brachliegende Potentiale. Um sie zu nutzen, müssen wir jetzt die Europäische Union ernsthaft reformieren. Lasst uns Europa wieder zum Leuchten bringen.“

Kaum ein anderer hat die FDP so geprägt wie Hans-Dietrich Genscher. Engagiert, aber auch sehr menschlich, so beschreiben seine früheren Weggefährten den langjährigen Außenminister und Ehrevorsitzenden der Freien Demokratischen Partei. Kollegen, ein Schulkamerad, ein Leibwächter sowie der frühere sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow – sie alle kommen in dem neu erschienenen **Interview-Band „Mensch Genscher“** zu Wort. Am 12. Dezember 2018 stellte die Herausgeberin und Journalistin Bettina Schaefer ihr Buch im Hans-Dietrich-Genscher-Haus vor. FDP-Chef Christian Lindner äußerte in Erinnerung an Genscher die Hoffnung, dass die Briten „von dem Gedanken Abstand nehmen, die EU zu verlassen“. Für Generalsekretärin Nicola Beer gilt weiterhin Genschers Grundsatz: „Ohne Europa hat die Bundesrepublik keine Gegenwart und keine Zukunft.“



Vorstellung des Buchs "Mensch Genscher" im Hans-Dietrich-Genscher-Haus.

Am 15.12.2018 feiert die FDP ihren **70. Geburtstag**. Im südhessischen Heppenheim war am 11. und 12. Dezember 1948 die Freie Demokratische Partei gegründet worden. An ihre Gründung haben die Freien Demokraten mit einem Festakt am Gründungsort im Kurmainzer Amtshof erinnert. Der Gedanke des „nie wieder“ habe die Politiker nach dem Zweiten Weltkrieg angetrieben, erinnerte der FDP-Vorsitzende Christian Lindner im Rahmen seiner Festrede. Die Gründungsmitglieder hätten gewusst, dass der Einzelne nur in Würde leben könne, wenn er frei sei. Dieser Gedanke sollte den Parteinamen prägen und in das Zentrum der Arbeit der Freien Demokraten rücken. „„Freiheit, Frieden und Sicherheit für Deutschland in einem geeinten Europa“, wie es im Gründungsdokument der FDP von 1948 steht, bleiben dabei unverändert der Weg und das Ziel der Freien Demokraten“, so Lindner.

Mit dem Leitspruch „Chancen nutzen“ startete die FDP ins Jahr 2019, traditionell mit dem **Dreikönigstreffen** im Opernhaus Stuttgart. Die FDP will damit unterstreichen, dass sie nicht nur in den Bundestag zurückgekehrt ist, um dort zu bleiben, sondern vor allem, um zu gestalten. Freiheit ist und bleibt dabei der Leitwert, betonte Christian Lindner in seiner Rede. Für die Freien Demokraten ist Freiheit nicht nur ein Ordnungsprinzip für die Wirtschaft, sondern prägend für alle Lebensbereiche. Wer diese Werte teilt, ist bei der FDP jederzeit herzlich willkommen. Mit einer Agenda für die Fleißigen und einer Agenda für Selbstbestimmung und Liberalität verliehen die Freien Demokraten diesen Themen Nachdruck. Mit den beschlossenen Programmen fordern sie für Deutschland einen ökonomischen und gesellschaftlichen Aufbruch, um den Menschen größtmöglichen Raum zur individuellen Entfaltung zu ermöglichen.

Auf dem **Europaparteitag** am 27. Januar 2019 stellte die FDP die Weichen für einen erfolgreichen Europawahlkampf. Für die Freien Demokraten steht fest: Europa ist und bleibt die Antwort auf die großen Herausforderungen dieser Zeit, doch Europa muss sich auch verändern und benötigt Reformen, um für die Zukunft gewappnet zu sein. Dieser Anspruch findet sich im Wahlprogramm „Europas Chancen nutzen“, das auf dem Parteitag beschlossen wurde, wieder und stellt die Richtschnur für den Wahlkampf dar.

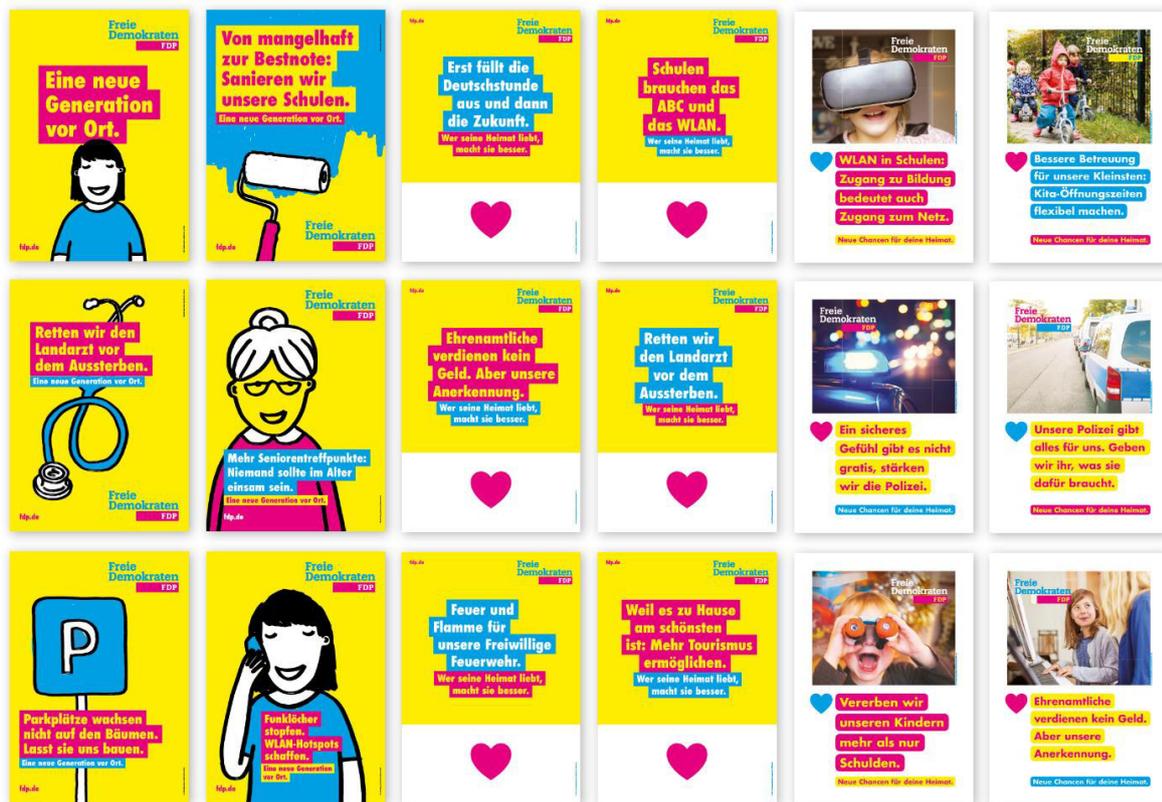


Christian Lindner (rechts) mit Nicola Beer (4.v.r.) und weiteren Spitzenkandidaten der FDP für die Europawahl auf dem FDP-Europaparteitag 2019.

Zur **Spitzenkandidatin** wählten die Delegierten Generalsekretärin **Nicola Beer** mit knapp 86 Prozent. Auf den Plätzen 2 bis 15 dahinter folgen Svenja Ilona Hahn, Andreas Glück, Moritz Körner, Jan-Christoph Oetjen, Dr. Thorsten Lieb, Robert-Martin Montag, Michael Kauch, Marcus Scheuren, Nicole Büttner-Thiel, Phil Hackemann, Carl Grouwet, Dr. Michael Terwiesche, Roland König und Tina de Meeûs d'Argenteuil.

Das weitere Jahr 2019 wird vor allem von den anstehenden **Wahlkämpfen** geprägt sein. Von der wichtigen Europawahl im Mai, bei der es um die Zukunft der EU geht. Von der Wahl zur **Bremischen Bürgerschaft**, bei der die FDP die rot-grüne Mehrheit knacken kann. Von den **Wahlen in den drei ostdeutschen Bundesländern**, bei denen die FDP endlich wieder in die Parlamente einziehen kann. Und nicht zuletzt von den Kommunalwahlen, bei denen die FDP die Verankerung in den Städten und Kommunen stärken möchte.

Für die **Kommunalwahlen** hat die Bundespartei erstmals drei professionelle und adaptierbare Wahlkampagnen entwickelt und den Untergliederungen zur Verfügung gestellt. Auf diese Weise sorgen die Freien Demokraten nicht nur für ein einheitliches Erscheinungsbild im Wahlkampf, sondern stärken auch ihren Wiedererkennungswert. Zur Europawahl hat die Bundespartei vier Themenplakate sowie adaptierbare Kandidatenplakate entwickelt. Die Kampagne wird flankiert von drei Großflächen und zahlreichen weiteren Aktionen wie dem bundesweiten dezentralen „Chancetag“ oder digitalen Werkzeugen wie FDP Maps oder FDPeople.



Plakatmotive der FDP zur Kommunalwahl 2019.

Präsidium und Bundesvorstand

Insgesamt trat das Präsidium zu 29 Sitzungen (bis einschl. April 2019) sowie zu drei Klausurtagungen zusammen. Der Bundesvorstand trat zu 21 Sitzungen (bis einschl. April 2019), sowie zu einer Klausursitzung ebenfalls im Regelfall im Hans-Dietrich-Genscher-Haus zusammen.

Dem Bundesvorstand gehörten von Mai 2017 bis April 2019 an:

Präsidium:

Christian Lindner	Bundesvorsitzender
Wolfgang Kubicki	stellv. Bundesvorsitzender
Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann	stellv. Bundesvorsitzende
Katja Suding	stellv. Bundesvorsitzende
Dr. Hermann Otto Solms	Bundesschatzmeister
Nicola Beer	Generalsekretärin
Michael Theurer	Beisitzer
Dr. Volker Wissing	Beisitzer
Frank Sitta	Beisitzer
Alexander Graf Lambsdorff	Vertreter der FDP Gruppe im Europäischen Parlament (bis 10/2017)
Dr. Wolf Klinz	Vertreter der FDP Gruppe im Europäischen Parlament (ab 11/2017)
Dr. Marco Buschmann	Bundesgeschäftsführer (bis 10/2017) Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP- Bundestagsfraktion (ab 11/2017)

Ständige Gäste des Präsidiums:

Marco Mendorf	Bundesgeschäftsführer (ab 11/2017)
Dr. Hans-Ulrich Rülke (ab 02/2018)	Vorsitzender der FDP- Fraktionsvorsitzendenkonferenz
Dr. Wolfgang Gerhardt	Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (bis 08/2018)
Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué	Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (ab 09/2018)
Walter Eschweiler	Bevollmächtigter des Bundesschatzmeisters
Dr. Stefan Birkner (09/2017 bis 10/2017)	
René Rock (02/2018 bis 10/2018)	
Martin Hagen (05/2018 bis 10/2018)	
Dr. Joachim Stamp (ab 03/2018)	
Dr. Heiner Garg (ab 03/2018)	
Lencke Steiner (ab 12/2018)	
Thomas L. Kemmerich (ab 01/2019)	
Holger Zastrow (ab 03/2019)	
Hans-Peter Goetz (ab 03/2019)	

Beisitzer im Bundesvorstand:

Sylvia **Bruns**

Axel Graf **Bülow**

Kirsten **Cortez de Lobao**

Bijan **Djir-Sarai**

Renè **Domke**

Christian **Dürr**

Dr. Marcus **Faber**

Otto **Fricke**

Daniel **Föst**

Dr. Heiner **Garg**

Alexander **Hahn**

Prof. Dr. Hauke **Hilz**

Manuel **Höferlin**

Dr. Marcel **Klinge**

Thomas L. **Kemmrich**

Pascal **Kober**

Konstantin **Kuhle**

Lars F. **Lindemann**

Michael **Link**

Hans-Joachim **Otto**

Alexander **Pokorny**

Dr. Andreas **Reichel**

Dr. Stefan **Ruppert**

Daniela **Schmitt**

Jimmy **Schulz**

Judith **Skudelny**

Dr. Joachim **Stamp**

Bettina **Stark-Watzinger**

Lencke **Steiner**

Linda **Teuteberg**

Johannes **Vogel**

Claas **Voigt**

Roland **Werner**

Kooptierte Mitglieder des Bundesvorstandes:

Detlef **Parr**

Judith **Pirscher**

Johannes **Dahlheimer** (bis 01/2019)

Ria **Schröder** (ab 05/2018)

Clarisse **Höhle** (ab 05/2018)

Lukas **Tiltmann** (ab 01/2019)

Ständige Gäste des Bundesvorstandes:

Dr. Stefan **Birkner**

Albert **Duin** (bis 11/2017)

Manfred **Eisenbach**

Katja **Grosch**

Dr. Christopher **Gohl** (seit 05/2018)

Michael **Kauch** (ab 05/2017)

Alexander Graf **Lambsdorff** (ab 10/2017)

Markus **Löning**

Oliver **Luksic**

Marc **Naether**

Sibylle **Meister** (bis 01/2018)

Christoph **Meyer** (ab 09/2018)

Steffen **Saebisch**

Wahlprüfungsausschuss

Vorsitz: Carsten Biesok

Der Wahlprüfungsausschuss prüft gemäß § 12 Absatz 3 der Bundessatzung die Ordnungsmäßigkeit der Einberufung des Bundes- und Europaparteitages. Weiter prüft er vor Beginn des Parteitages die Zahl und Stimmberechtigung der Delegierten der Landesverbände anhand der Protokolle über die Wahlen der Delegierten und der geprüften Unterlagen über die Mitgliederzahlen.

Der Wahlprüfungsausschuss hat diese Prüfung vor dem 68. Ordentlichen Bundesparteitag in Berlin, dem 69. Ordentlichen Bundesparteitag in Berlin und dem Europaparteitag 2019 vorgenommen und keine Beanstandungen festgestellt.

Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses waren:

Carsten Biesok	Vorsitzender
Otto Fricke	Mitglied
Bodo Chemnitz	Mitglied
Katja Hessel	Mitglied
Sebastian Haag	Mitglied
Dr. Gero Hocker	Mitglied
Friedrich Ohnesorge	Stellv. Mitglied
Roland Eibold	Stellv. Mitglied
Michael Reichelt	Stellv. Mitglied
Gabriele Heise	Stellv. Mitglied
Dr. Hans-Günther Oberlack	Stellv. Mitglied

Bundessatzungsausschuss

Vorsitz: Michael Reichelt

Der Bundessatzungsausschuss wird seit 1. Januar 2016 von Michael Reichelt als Vorsitzendem und Patrick Arora als Stellvertreter geleitet. Auf dem 70. Ordentlichen Bundesparteitag steht die Neuwahl der Führungspositionen für die Amtsperiode von 1. Januar 2020 bis 31. Dezember 2023 an.

Der Bundessatzungsausschuss hat die Aufgabe, den Bundesvorstand, das Bundesschiedsgericht, die Landesvorstände, die Landesschiedsgerichte und die Landessatzungsausschüsse bei Rechtsfragen zu beraten, insbesondere wie Bestimmungen der Bundes- oder Landessatzung auszulegen oder ob Landessatzungsregelungen mit der Bundessatzung vereinbar sind.

In diesem Zusammenhang befasste sich der Bundessatzungsausschuss u.a. mit der Novellierung der Geschäftsordnung für die Bundesfachausschüsse, Liberalen Foren und Kommissionen, mit Maßnahmen bei missbräuchlicher Anrufung der Parteischiedsgerichte sowie mit Rechtsfragen zu einem möglichen Verhaltenskodex („Code of Conduct“) der Partei.

Intensiv begleitet wurde die Vorbereitung der Teilnahme der FDP an den Wahlen zum 9. Europäischen Parlament am 26. Mai 2019. Hier war der Bundessatzungsausschuss an der Erarbeitung von Leitfäden für die Delegierten- und Bewerberwahl vor Ort sowie für die Durchführung der Landesvertreterversammlungen beteiligt. Zudem bedurften zahlreiche Satzungs- und Wahlrechtsfragen im Zusammenhang mit dem Europaparteitag und der Aufstellung der FDP-Bundesliste der Klärung.

Ein weiterer Schwerpunkt des zurückliegenden zweijährigen Berichtszeitraums blieb die bereits 2016 aufgenommene Fortentwicklung der Bundessatzung durch den Bundesvorstand. Hierzu wurden in großer Zahl Satzungsänderungsanträge erarbeitet bzw. begleitet, u.a. die Erleichterung der Ladung in elektronischer Form, die Schaffung einer zweckgebundenen Sonderumlage für die Kampagnenführung bei Kommunal- und Landtagswahlen sowie die Neufassung der Satzungsvorschriften zur Beitragssäumigkeit.

Hinzukommt die Stellungnahme zu eingereichten Anträgen auf Änderung der Bundessatzung und die Begründung des Votums im Bundesvorstand und auf dem Bundesparteitag; dies stellt eine regelmäßig wiederkehrende Aufgabe des Bundessatzungsausschusses dar.

Bundesschiedsgericht

Präsidentin: Mechthild Dyckmans

Das Bundesschiedsgericht wurde auf dem 68. Ordentlichen Bundesparteitag für die Amtszeit vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2021 neu gewählt. Dabei wurde Mechthild Dyckmans in ihrem Amt als Präsidentin bestätigt. Nach Ausscheiden von Dr. Hermann Frehse und dem Ableben von Harald Range übt Rainer Funke das Amt des Stellvertreters aus. Daneben gehören dem Gericht Manuel Schütt, Bernhard Nüsch und Karin Hannappel als weitere Beisitzer sowie Joachim Moritz, Dr. Ulrich Brink, Claus Jäger, Michael Reichelt, Dr. Bernd Groh und Dr. Thilo Rohlfs als stellvertretende Beisitzer an.

Das Bundesschiedsgericht ist u. a. zuständig für Beschwerden gegen Entscheidungen der Landesschiedsgerichte, die Anfechtung von Wahlen durch Organe der Bundespartei oder Streitigkeiten der Bundespartei mit einzelnen Mitgliedern. Seine Tätigkeit beruht auf § 14 Abs. 1 Parteiengesetz, nach dem zur Schlichtung und Entscheidung von Streitigkeiten der Partei oder eines Gebietsverbandes mit einzelnen Mitgliedern und Streitigkeiten über Auslegung und Anwendung der Satzung Schiedsgerichte zu bilden sind.

Im Berichtszeitraum – der zur Hälfte noch in die Amtszeit des letzten Bundesschiedsgerichts fällt – hatte das Gericht über 26 Beschwerden zu entscheiden; zwei im März 2019 neu eingegangene Verfahren sind noch anhängig. 20 Beschwerdeverfahren kamen aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen, je zwei aus den Landesverbänden Bayern und Hessen sowie je ein Verfahren aus den Landesverbänden Berlin und Brandenburg.

Die Verfahren befassten sich weit überwiegend mit der Anfechtung von Wahlen und Beschlüssen von Parteitagen und Aufstellungsversammlungen. Weitere Gegenstände waren die Herausgabe von Mitgliederdaten, die Rechtmäßigkeit der Sonderumlage sowie die Überprüfung der Auflösung von Ortsverbänden. Mehrfach hatte das Gericht zudem über die Ablehnung von Richtern eines Landesschiedsgerichts wegen Befangenheit zu entscheiden.

Zudem fand am 26./27. Oktober 2018 ein Treffen mit den Landesschiedsgerichtspräsidenten statt, das der besseren Vernetzung und der Erörterung aktueller Rechtsprobleme diene. Beratungsgegenstände waren u.a. die Kostenentscheidung bei Missbrauch der Schiedsgerichtsbarkeit und die Beendigung der Mitgliedschaft durch Kandidatur auf einer mit der FDP in Konkurrenz stehenden Wahlliste.

Eine Mammutaufgabe der zurückliegenden zwei Jahre war schließlich die Neufassung des Leitfadens „Bearbeitung von Schiedsgerichtsverfahren“, der den Landesschiedsgerichten die Bewältigung der Verfahren erleichtern soll. Der zuletzt im Jahr 1992 überarbeitete Leitfaden erlaubt nun u.a. die elektronische Aufbewahrung der Verfahrensakten sowie digitale Entscheidungssammlungen.

Haushalts- und Finanzkommission

Vorsitz: Dr. Hermann Otto Solms

Gemäß § 2 der Finanz- und Beitragsordnung des Bundesverbandes wählt der Bundesvorstand für die Dauer seiner Amtszeit eine Haushalts- und Finanzkommission. Sie besteht aus mindestens fünf und höchstens elf Mitgliedern. Der Bundesschatzmeister ist kraft seines Amtes zugleich Vorsitzender dieser Kommission. Die Kommission tagte unter dem Vorsitz des Bundesschatzmeisters, Dr. Hermann Otto Solms, am 17.11.2017 und am 17.12.2018 in Berlin. Gegenstand der Beratungen waren die aktuelle und mittelfristige Finanzplanung bis einschließlich 2020, insbesondere mit Blick auf die Europawahl. Mitglieder der vom Bundesvorstand gewählten Kommission in der Berichtsperiode waren: Otto Fricke, Christian Grascha, Dr. Klaus von Lindeiner, Bettina Stark-Watzinger und Roland Werner.

Sitzungen der Hauptgeschäftsführer

Vorsitz: Marco Mendorf

Die Runde der Hauptgeschäftsführer der Freien Demokraten trifft sich regelmäßig zu vier Sitzungen im Jahr. Unter dem Vorsitz des Bundesgeschäftsführers Marco Mendorf setzt sie sich aus den Hauptgeschäftsführern und Hauptgeschäftsführerinnen der 16 Landesverbände, dem Bundesgeschäftsführer der Jungen Liberalen und weiteren Vertretern aus dem liberalen Umfeld zusammen. Aufgabe dieser Runde ist es, die einzelnen Aktivitäten und Maßnahmen der Verbände abzustimmen und zu koordinieren, den Informationsfluss zu befördern und eine weitere Professionalisierung in allen Bereichen zu erreichen.

Die Kampagnenplanung zu Landtagswahlen steht dabei oft im Zentrum der Beratungen. Daneben umfasst die Agenda der Sitzungen stets einen Lagebericht der aktuellen politischen Situation auf landes- und bundespolitischer Ebene sowie einen Ausblick auf anstehende Projekte.

Insbesondere folgende Themen standen bei den letzten Sitzungen im Fokus:

- Planung und Umsetzung der Bundestagswahlkampagne 2017 „Denken wir neu“
- Wahlkampfkoordination, insb. im Hinblick auf die Zusammenarbeit im Europawahlkampf sowie bei Landtags- und Kommunalwahlkämpfen
- Planung und Vorstellung der Rahmenkampagne für die Kommunalwahlen 2019
- Schiedsgerichtsverfahren
 - Verbesserung der Kontakte zu den Landesschiedsgerichten
 - Überarbeitung des Leitfadens für die Schiedsgerichtsverfahren
- Mitgliederentwicklung und Frauen in der FDP
 - Einbindung von Neumitgliedern (Online-Umfragen, Neumitgliederkampagnen etc.)
 - Beschleunigung des Aufnahmeprozesses: Vorstellung des Online-Aufnahmeantrags, um eine unkomplizierte und zeitnahe Aufnahme von Neumitgliedern zu ermöglichen
 - Strategien zur Erhöhung des Frauenanteils in der FDP
 - Ergebnisse und Schlussfolgerungen der Ad-hoc Arbeitsgruppe zum Thema „Chancen durch Vielfalt“
- Einrichten der zentralen Kampagnenplattform fdp.de/kampagne für alle Wahlkämpfe
- Datenschutz und Datensicherheit vor dem Hintergrund der neuen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)
 - Erarbeitung einer neuen Datenschutzrichtlinie
 - Leitfaden zur Datensicherheit
 - Informationsvermittlung und Schulungen zum Datenschutz
 - Kompetenzaufbau bei den Landesgeschäftsstellen bei der Bearbeitung von Anfragen zur DSGVO

Des Weiteren beschäftigt sich die Runde regelmäßig mit rechtlichen Fragen zur Satzung und zu Beschlüssen der Landesschiedsgerichte sowie der Vorbereitung von Schatzmeistertagungen. Die Hauptgeschäftsführer stimmen sich zudem ab, inwieweit sich die Landesverbände gegenseitig bei den jeweiligen Wahlkämpfen unterstützen können.

Libérale Internationale (LI) und ALDE (Partei)

LI-Schatzmeister: Manfred Eisenbach

Mit der Wahl und Präsentation des „Team Europe“ am 21. März 2019 in Brüssel hat sich die ALDE-Partei nach der Verabschiedung ihres Europawahlprogramms im letzten Herbst für die Europawahl 2019 formiert: In diese „Schicksalswahl“ ziehen die europäischen Liberalen dieses Mal nicht wie in 2014 mit einem oder zwei Spitzenkandidaten, sondern einem Spitzenteam aus sieben gleichberechtigten Führungspersönlichkeiten aus sieben Mitgliedsländern der Union, unter ihnen auch die Spitzenkandidatin der Freien Demokraten, Nicola Beer. Mit diesem Personalangebot von fünf Frauen und zwei Männern mit unterschiedlichstem politischem und beruflichem Hintergrund macht die ALDE deutlich, daß sie nicht nur für alle Spitzenjobs der Europäischen Union qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber aufbieten kann, sondern manifestiert ihren weitergehenden Gestaltungsanspruch nach einer erfolgreichen Europawahl. Denn schon heute wirken die Liberalen mit acht Premierministern im Rat und vier Kommissarinnen und einem Kommissar und ihrer EP-Fraktion maßgeblich an der EU-Politik mit.

In ihrem konzisen Wahl-Manifest „Freiheit, Chancengleichheit, Wohlstand: die liberale Vision für die Zukunft Europas“, das in einer Arbeitsgruppe unter Leitung des früheren estnischen Ministerpräsidenten Taavi Rõivas und auf deutscher Seite unter Mitwirkung unseres Ombudsmanns Christopher Gohl vorbereitet wurde, fordert die ALDE in zehn Kapiteln Trendwenden in der Politik der Europäischen Union ein. Damit konzertiert das Manifest bestens mit dem Europawahlprogramm der FDP. Es geht bei dieser Wahl entscheidend um die Frage, in welchem Europa wir leben wollen und um die Entscheidung, ob wir die EU reformieren und modernisieren wollen, um individuelle Freiheit, Wohlstand und Stabilität auszubauen und einen Rückfall in Zeiten von Nationalismus und wachsendem Autoritarismus zu verhindern.

In diesem Zusammenhang kann nicht unerwähnt bleiben, daß die ALDE-Partei auch in ihren eigenen Reihen darauf sieht, daß der gemeinsame Wertekanon auch eingehalten wird: Ende Oktober 2018 wurde die katalanische Mitgliedspartei PDeCat wegen schwerwiegenden Verstößen gegen die Interessen und die Werte der ALDE-Partei einstimmig ausgeschlossen. Zur Zeit läuft – auch auf Antrag der FDP – gegen ALDE Rumänien ein Verfahren wegen fortgesetzter, schwerwiegender Verletzung rechtsstaatlicher Grundsätze durch die rumänische Regierung, die von unserer Mitgliedspartei als Koalitionspartner mit getragen ist.

Eine Zäsur und besondere politische Herausforderung stellte in dem Berichtszeitraum der drohende Brexit mit seinem zähen Verhandlungsmarathon dar. Die FDP unterstützte von Beginn an die LibDems bei ihrem Einsatz, Großbritanniens Ausscheiden aus der Europäischen Union zu verhindern und eine Situation, die nur Verlierer hinterläßt, abzuwenden, zumindest aber einen geordneten Austritt aus der EU zu erreichen, wenn alle Bemühungen fehlschlagen. Wenige Tage vor dem Austrittsdatum 29. März 2019 liegt allerdings noch kein definitiver Beschluß des britischen Parlaments vor, sondern nur Entscheidungen, was man nicht will, und das könnte „schlafwandlerisch“ in einem „Crash Brexit“ enden.

Nach dem Wahlerfolg von Präsident Emmanuel Macron und seiner Partei, „La République en Marche!“ (LREM) im Frühjahr 2017 entwickelte sich ein spannender Dialog zwischen dieser neuen pro-europäischen, progressiv-reformerischen Kraft in Frankreich und der ALDE-Partei sowie liberalen Parteien innerhalb der EU, so auch mit uns Freien Demokraten. Gleichwohl dieser Diskussionsprozeß auf dem ALDE-Wahlkongreß in Madrid zur einstimmigen Verabschiedung der auch von der FDP mit eingebrachten Resolution „Building a Progressive Alliance to fight for Europe“ führte, konnte seit

dem noch keine Vereinbarung mit LREM darüber getroffen werden, zur Europawahl über die Parteigrenzen hinweg und länderübergreifend mit einer progressiven Plattform für Reformen und zur Verteidigung der liberalen Werte aufzutreten. Dessen ungeachtet laufen die Bestrebungen auf beiden Seiten weiter, nach der Europawahl im Europäischen Parlament zu einer engen Kooperation zu kommen, um gemeinsam wichtige Richtungs- und Personalentscheidungen innerhalb der EU durchzusetzen.

Mit einem doch schon historisch zu bezeichnenden Ereignis endete der 62. Kongress der Liberal International am 30. November 2018 in Dakar: In Anwesenheit der Staatspräsidenten von Senegal, Elfenbeinküste, Liberia und Gambia wurde die frühere marokkanische Umweltministerin und Vorsitzende der COP22-Weltklimakonferenz, Dr. Hakima El Haité, einstimmig zur Nachfolgerin von Professor Juli Minoves Triquell zur 14. Präsidentin der Liberal International gewählt. Damit wurde die Führung der liberalen Weltvereinigung erstmals seit ihrer Gründung im Jahr 1947 von einer nichteuropäischen Persönlichkeit übernommen. Diese Entwicklung, auf die gerade von den deutschen LI-Mitgliedern FDP und DGLI seit langem hingearbeitet wurde, spiegelt auf eindruckliche Weise die über die Jahre gewachsene Internationalität der Organisation wider. Die erfolgreiche Unternehmerin Hakima El Haité ist nach der früheren belgischen Europaministerin Annemie Neyts-Uyttebroeck erst die zweite Frau auf dem Präsidentenstuhl der liberalen Weltunion. Zudem bestimmte der Kongreß den Vorstandsvorsitzenden der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Professor Dr. Karl-Heinz Paqué, ebenfalls einmütig zum LI Deputy President. Mit dieser Berufung ist üblicherweise die spätere Wahl zum LI-Präsidenten vorgezeichnet. Nach den Neuwahlen sitzen im LI-Präsidium, dessen „Gender Balance“ ausgeglichen ist, nunmehr fünf Vertreter aus Europa, drei Vertreter aus Afrika und je ein Vertreter aus Lateinamerika und Asien.

Eine weitere politisch bedeutsame Richtungsentscheidung wurde in Dakar mit der Einsetzung des neuen ständigen „LI Committee on Climate Justice“ getroffen. Dieser Ausschuß wird vom finnischen Ministers für Umwelt, Energie und Wohnungswesen, Kimmo Tiilikainen, geleitet, und ihm gehört von deutscher Seite der klimapolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Dr. Lukas Köhler, an. Basis für die Ausschußarbeit ist die Berliner Erklärung zur Klimagerechtigkeit, die im Juni 2018 auf der 200. Jubiläumssitzung des LI-Exekutivkomitees im Hans-Dietrich-Genscher-Haus verabschiedet wurde. 28 Jahre nach ihrer „Helsinki Declaration on the Environment“ wollen die Liberalen aus aller Welt zu einem entscheidenden Zeitpunkt Lage und Wirksamkeit liberaler Umweltpolitik überprüfen und einen beherzten Schritt vorwärts machen, um nachhaltigen, generationengerechten Umgang mit der Umwelt zu verwirklichen.

Diese bedeutsame klimapolitische Initiative ist auch die erste Konkretisierung aus dem „Andorra Liberal Manifesto“. 70 Jahre nach Gründung der Liberal International in der alten englischen Universitätsstadt Oxford verabschiedeten die Delegierten auf dem Kongreß in Andorra einstimmig ein bemerkenswertes Grundsatzpapier, das auf den Prinzipien des wegweisenden Oxforder Manifests von 1947 aufbaut und in einem ebenso denkwürdigen Dokument liberale Antworten auf die mannigfachen Herausforderungen für eine freie und faire Gesellschaft im 21. Jahrhundert gibt. Jenseits von Selbstvergewisserung und Standortbestimmung ist es gelungen, ein wertvolles Strategiepapier für die liberale politische Agenda weltweit vorzulegen.

In ihrer weltweit anerkannten Menschenrechtsarbeit hat die Liberal International mit ihrem Menschenrechtsausschuß (LIHRC) unter Leitung von Markus Löning in den letzten beiden Jahren zwei große Menschenrechtskampagnen zur Glaubens- und Religionsfreiheit sowie gegen Gewalt gegen Frauen durchgeführt, verschiedene Online-Publikationen veröffentlicht und aus Anlaß des 70. Jahrestages der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte Anfang Dezember 2018 im dänischen Parlament ein Fachsymposium veranstaltet, auf dem Zhanna Nemtsova, Tochter des ermordeten,

liberalen russischen Politikers Boris Nemtsov, eine vielbeachtete programmatische Rede gehalten hatte. Daneben traten Vertreter des LIHRC regelmäßig vor dem UN-Menschenrechtsrat in Genf auf. Schließlich wurde der LI Prize for Freedom dem uigurischen Menschenrechtsaktivisten Ilham Tohti (2017), der willkürlich in Untersuchungshaft einsitzenden, gewählten philippinischen Senatorin Leila da Lima (2018) – beide auf Vorschlag von FDP und DGLI – und in 2019 der venezolanischen Politikerin María Corina Machado verliehen.

Im Berichtszeitraum saßen für die deutschen Liberalen Markus Löning, Karl-Heinz Paqué und Manfred R. Eisenbach in den Präsidien und Vorständen der ALDE-Partei oder der Liberal International und neben Markus Löning als Vorsitzendem wirkten Lilli Löbsack und Marina Schuster und Manfred R. Eisenbach im LI-Menschenrechtsausschuß mit.

ALDE (Fraktion)

Vertreter der FDP-Gruppe im Europäischen Parlament: Dr. Wolf Klinz

Die Fraktion „Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa“ (ALDE) ist mit aktuell 68 Mitgliedern weiterhin viertstärkste Kraft im Europäischen Parlament. Der erfreuliche Wiedereinzug der Freien Demokraten in den Bundestag 2017 hat jedoch zu einer Veränderung der Zusammensetzung der FDP-Delegation im Europäischen Parlament geführt: Alexander Graf Lambsdorff und Michael Theurer wechselten in den Bundestag, mit Nadja Hirsch und Dr. Wolf Klinz rückten zwei erfahrene Abgeordnete aus dem vorangegangenen Mandat nach.

Dr. Wolf Klinz konnte mit der Übernahme der Ausschüsse und der Aufgaben von Michael Theurer gleich seine langjährige berufliche und parlamentarische Expertise auf dem Feld Wirtschaft und Finanzen einbringen. Als Vollmitglied in den Ausschüssen für Wirtschaft und Währung, Haushaltskontrolle und im Sonderausschuss zu Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung setzte er sich insbesondere dafür ein, den europäischen Binnenmarkt zu vollenden, den Steuerbetrug zu bekämpfen und den Haushalt der Europäischen Union effizienter zu gestalten. Als Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments hat er darüber hinaus erfolgreich durchgesetzt, dass der Vertrieb von grenzüberschreitenden Investmentfonds innerhalb der Europäischen Union vereinfacht wird. Als Mitglied im Präsidium der FDP war es sein Hauptanliegen, die wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele der Partei und der Bundestagsfraktion mit denen der Europaabgeordneten in den einzelnen Fachausschüssen erfolgreich abzugleichen.

Nadja Hirsch rückte für Alexander Graf Lambsdorff als Delegationsleiterin nach und übernahm mit seinen Ausschüssen für Handel und Auswärtige Angelegenheiten die Federführung für die Beziehungen zur Türkei und das Freihandelsabkommen mit Japan. Ein Wechsel in den Binnenmarktausschuss ermöglichte dann die Mitarbeit an ihren Spezialthemen Startups und Datenschutz. Sie setzte sich vor allem dafür ein, einen digitalen Binnenmarkt zu schaffen, damit europäische Innovationen auch in Europa groß werden können. Als ALDE-Berichterstatterin zu Japan im Handelsausschuss führte sie mit Vertretern von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vor Ort Gespräche über das Abkommen. Das EU-Japan-Abkommen sollte das Signal senden, dass freier Handel irrationalem Protektionismus und schädlicher Abschottung vorgezogen wird.

Die Delegation wird weiterhin von Gesine Meissner vervollständigt und seit Herbst 2018 auch geleitet. Sie vertritt die liberalen Interessen in den für die FDP zentralen Ausschüssen für Transport, Industrie und Umwelt. Neben Mexiko, Lateinamerika, ALDELAT und dem ALDE-Rat rundeten die Untersuchungsausschüsse für Abgasmessungen und Pestizidzulassung, ihr Engagement im Bundesvorstand, für die Liberalen Frauen als Bundesvorsitzende und im "Women-Empowering"-Programm der Friedrich-Naumann-Stiftung, und der Meeresgruppe SEARICA ihre Arbeitsschwerpunkte ab. Gesine Meissner setzt sich weiterhin besonders dafür ein, dass auch die Voraussetzungen Beachtung finden, unter denen die europäische Wirtschaft noch profitabel arbeiten kann.

FDP-Landesverband LV Net

Vorsitz: Manuel Höferlin

Der FDP LV Net wurde im Jahr 2000 gegründet. Der Gründung ging ein Bundesparteitagsbeschluss voraus. Seitdem ist der LV-Net der „Internet-Landesverband“ der Freien Demokraten. Er bietet allen Mitgliedern die Möglichkeit sich an der Willensbildung der Partei zu beteiligen – unabhängig von Auslandsaufenthalten, fehlender örtlicher Gebundenheit oder zeitlicher Verfügbarkeit. Neben bundesunmittelbaren Mitgliedern und Mitgliedern im Ausland engagieren sich deshalb viele Mitglieder im Internet-Landesverband, die sich aufgrund von Familienphase, beruflicher Mobilität, ungewöhnlichen Arbeitszeiten oder anderen persönlichen Gründen orts- und zeitunabhängig an der Parteiarbeit beteiligen wollen und es sonst nicht könnten. Die Mitgliederzahl des FDP LV Net liegt bei knapp 600.

Vorsitzender ist seit 2010 Manuel Höferlin. Weitere Vorstandsmitglieder sind Gregor von Rosen und Matthias Steppuhn als Stellvertreter, Ralf van Doorn als Datenschutzmeister und John Endres als Schatzmeister. Seit dem 63. Bundesparteitag der FDP im April 2012 in Karlsruhe hat der LV Net Antragsrecht zu Bundesparteitagen, außerdem haben die Mitglieder des Vorstands jetzt dort auch Rederecht. Zudem entsendet der LV-Net fachkundige Mitglieder in die Bundesfachausschüsse der FDP.

Seit Mitte 2010 ist der Verband in der Lage, konventionelle Parteitage vollständig digital im Netz abzubilden und die eigenen Versammlungen exakt in dieser Form abzuhalten. Dies geschieht einmal im Jahr, der Parteitag dauert etwa 14 Tage. Anträge werden nacheinander in erster, zweiter und dritter Lesung behandelt. Über die Anträge kann mithilfe eines Tools geheim abgestimmt werden, auch Geschäftsordnungsanträge sind möglich. Die Beschlüsse sind auf der Website des Verbandes unter lvnet.fdp.de zu finden.

Darüber hinaus hat der LV-Net den Anspruch, Treiber von digitaler Parteiarbeit und e-Democracy zu sein. Hier konnte der LV-Net zum Beispiel mit dem elektronischen Antragsmanagement für Bundesparteitage wichtige Akzente in der FDP setzen. Die Digitalisierung der Bundespartei verfolgt der LV-Net daher aufmerksam und versucht die Entwicklung anzutreiben. Daher wird der technische Bereich des LV-Net momentan auch erneut umgebaut, damit in Zukunft noch mehr Erfahrungsberichte digitaler Parteiarbeit in noch mehr Impulse für die ganze FDP münden können.

FDP-Bürgerfonds

Vorsitz: Dr. Hermann Otto Solms

Der FDP-Bürgerfonds ist eine Arbeitsgruppe des Bundesschatzmeisters. Zielsetzung der Aktivitäten des Bürgerfonds ist das Werben von Spenden jeder Größenordnung.

Erfolgreich startete der FDP-Bürgerfonds während der Geschäftsperiode den Jahresbeginn mit einem exklusiven Mittagessen im Anschluss an die traditionelle Dreikönigskundgebung in Stuttgart. Hier konnten zum einen die Teilnehmer als auch die Spendenbeträge sowohl in 2017 als auch in 2018 stetig gesteigert werden.

Das traditionelle zentrale Fundraising-Dinner am 30. April fand in 2017 im neu restaurierten Oderberger Stadtbad im Prenzlauer Berg und in 2018 in der Humboldt-Box in Berlin statt, bei dem die Gäste Einblick auf die aktuellen Planungen der Werbekampagne von der Agentur Heimat auf die bevorstehende Bundestagswahl bzw. sonstige Kampagnen blicken konnten. Begrüßt wurden die Gäste durch den Bundesvorsitzenden, Christian Lindner und den Bundesschatzmeister, Dr. Hermann Otto Solms. Neben der erfreulichen Gästezahl konnten an diesen beiden Abenden Spendeneinnahmen von insgesamt rund 260.000 Euro erzielt werden.

Während des Bundestagswahlkampfes hat der Bürgerfonds im Nachgang zu den Wahlkampfgroßveranstaltungen zu dem neuen Format der „Meet & Greet- Abende“ eingeladen, um den Spendern und Unterstützern auf diesem Weg ein exklusives Treffen mit unserer Parteiführung und den Spitzenkandidaten zu ermöglichen. Zudem hat der FDP-Bürgerfonds sowohl in 2017 als auch in 2018 in den jeweils wahlkampfführenden Landesverbänden begleitende Veranstaltungen durchgeführt. So haben unter anderem in Kiel, Köln und Düsseldorf im Rahmen der Wahlkampfauftaktveranstaltungen Veranstaltungen des FDP-Bürgerfonds stattgefunden. Dabei ist es auch gelungen, sowohl neue Gastgeber als auch Gäste aus Wirtschaft und Kultur für die FDP zu gewinnen. In dem Berichtszeitraum wurden darüber hinaus Veranstaltungen in Münster, München, Nürnberg, Halle (Saale), Potsdam, Bremen, Erfurt, Hannover, Mainz und Bonn durchgeführt. Die hierbei erzielten Spendenbeiträge kamen in erheblichem Umfang den gastgebenden Gliederungen zugute.

Der FDP-Bürgerfonds wird auch weiterhin gemeinsam mit den wahlkampfführenden Landesverbänden und der Bundespartei Veranstaltungen durchführen, um Spenden und Unterstützung in Form von neuen Netzwerken für die FDP zu akquirieren.

Liberaler Parteiservice

Vorsitzender des LiPS-Beirates: Marco Mendorf

Geschäftsführender Koordinator: Karl-Heinz Rübesamen

Der Liberale Parteiservice ist die Arbeitseinheit der Bundespartei und aller Landesverbände, um die Dienstleistungsfähigkeit der Partei durch größere Kooperation zwischen den Landesverbänden, durch Verlagerung von organisatorischen Aufgaben und durch Schaffung eines gemeinsamen Angebots für zentrale Dienstleistungen zu stärken. Zu Beginn stand die Einführung der EDV-Neuausstattung bzw. der –Verbund der Landesverbände im Fokus, der sicherstellt, dass die Bundespartei und die Landesgeschäftsstellen immer auf demselben technischen Niveau arbeiten und vernetzt sind.

Die Hauptschwerpunkte des LiPS heute sind die Rechnungslegung der Gebietsgliederungen der FDP unter Beachtung der Vorgaben des Parteiengesetzes, Erstellung des prüffähigen konsolidierten Gesamtrechnenschaftsberichtes der Gesamtpartei, die Unterstützung und Beratung der ehrenamtlich tätigen Funktionsträger in Fragen der Satzung, Wahlrecht und seit Mai 2018 verstärkt zu Fragen der Datenschutzgrundverordnung sowie Medienrecht.

Das Angebotsspektrum wird stetig gemäß den technischen Erneuerungen angepasst und weiterentwickelt. Neueste Dienstleistung während des Berichtszeitraumes war die Einführung des freiwilligen zentralen Beitragseinzugs, bei dem LiPS die technische Umsetzung der Beiträge von Mitgliedern für Kreis- und Ortsverbände administriert, Beitragsrechnungen verschickt und falls gewünscht auch das Mahnwesen und gerichtliche Verfahren einleitet. Derzeit nehmen 110 Gliederungen mit insgesamt mehr als 14.000 Mitgliedern dieses Angebot an. Neben einer schnelleren Verbuchung ist festzustellen, dass die teilnehmenden Gliederungen ihr Beitragsaufkommen hierdurch nachhaltig verbessern und steigern konnten.

Gemeinsam mit der Einführung des Buchhaltungssystems wurde den Gliederungen ermöglicht, ihre Auswertungen über das sogenannte Funktionsträger-Portal zu erstellen. Unter steter Weiterentwicklung können alle Gliederungen den Datenbestand ihrer Mitglieder und Interessenten pflegen und Einsicht in ihre verbuchten Unterlagen nehmen sowie auch auf ihre verbuchten Belege zugreifen.

Des Weiteren standen folgende Themen im Mittelpunkt:

- Erstellung von Beitrags- und Spendenquittungen
- Beratung in Haushalts- und Finanzfragen
- Wahlkampfunterstützung für Landesverbände
- Betreuung in den Bereichen Satzung, Schiedsgerichtsbarkeit und Parteirechtsfragen, Datenschutz- und Medienrecht.

2 Programmarbeit

BFA Internationale Politik

Vorsitz: Michael Link

Im Berichtszeitraum tagte der Bundesfachausschuss Internationale Politik an folgenden Tagen:

8. und 9. Dezember 2017 in Berlin:

Anne-Marie Descôtes, Botschafterin der Französischen Republik in Deutschland informierte über die Vorschläge des französischen Präsidenten zur Reform der EU. Cécile Prinzbach LFA Bayern, Pulse of Europe München und „En Marche“ Deutschland kommentierte zu Macrons Agenda und dem Reformansatz in Frankreich. Vorsitzender Michael Georg Link referierte zur aktuellen Lage, dem Aufbau der Bundestagsfraktion, der Vorbereitung der Fachgruppensitzungen und zum nächsten Bundesparteitag. Alexander Graf Lambsdorff, MdB Stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion berichtete zudem zu den Koalitionssondierungen und zu anderen aktuellen Themen.

Bearbeitete Themen:

Die Vertiefung der deutsch-französischen Zusammenarbeit, die EU-Reformvorschläge des französischen Präsidenten, die Einführung eines bundesweit gesetzlichen Feiertags „Europatag 9. Mai“, die Beziehung zum Iran

2. und 3. März 2018 in Berlin:

Oberstleutnant i.G. André Wüstner, Vorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbandes trug dem BFA zu den „Anliegen des deutschen Bundeswehrverbandes an die Politik“ vor. U.a. berichteten Alexander Graf Lambsdorff, MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises IV „Freiheit und Menschenrechte Weltweit“ sowie die AG-Vorsitzenden Außen bzw. Europa, Bijan Djir-Sarai und Michael Link zur aktuellen Arbeit der Bundestagsfraktion im Bereich des BFA. Aus europäischer Perspektive ergänzte Nadja Hirsch mit einem Bericht aus dem Europäischen Parlament. Christopher Gohl berichtete als FDP Repräsentant im ALDE Party Manifesto Drafting Committee von der zeitlichen und inhaltlichen Planung der ALDE Partei zur Erarbeitung des Europawahlmanifests.

Bearbeitete Themen:

Eine konstruktive Gestaltung des BREXITs, einen reformierten mehrjährigen Finanzrahmen für eine zukunftsfähige EU, die deutsch-französische Zusammenarbeit als Motor der EU, Digitalisierung und innovative Technologien für eine neue Entwicklungspolitik 2.0, Neuausrichtung der Entwicklungspolitik an den Zielen für Nachhaltige Entwicklung mit wirtschaftlicher und humanitärer Vernunft; Perspektiven für eine zukunftsorientierte Zusammenarbeit mit der Türkei schaffen, neue Ansätze in der Außenpolitik, Umgang mit China, Umgang mit Iran, Konfliktregelungsansätze für den Nahen Osten, Stärkung der Presse- und Meinungsfreiheit weltweit, Moderne Nachrichtendienste zum Schutz vor internationalen Bedrohungen

6. und 7. Juli 2018 in Berlin:

Konstituierung:

Vorsitzender, nominierte Mitglieder der Landesverbände, 10 gewählte Experten (Alt, Backen, Jakob,

Kannwischer, Krech, Luters-Thümmel, Naether, Prinzbach, Schubert, Zehntner-Capell), ständige Gäste, sowie Vertreter der Fraktionen, Bundesgeschäftsstelle, FNF, Behörden.

Vorsitzender Michael Link und vier gewählte Stellvertretende Vorsitzende: Marina Schuster, Nora Jordan-Weinberg, Holger Flöge und Gudrun Kopp.

Einsetzung der Fachgruppen und Wahl der Vorsitzenden

FG Außenpolitik und Menschenrechte; Ulrich Niemann

FG Europapolitik; Prof. Frank Hoffmeister, stell. Vorsitzender Wolf Wiegand

FG Sicherheitspolitik; Christian Blume

FG Entwicklungspolitik: Daniela Zehntner-Capell

Generalsekretärin Nicola Beer informierte zur Erarbeitung des Europawahlprogramms.

Bearbeitete Themen:

Entwurf des Europawahlprogramms, Entwurf des ALDE-Manifest, North Stream, Verhältnis Europa zu China, offene Anträge vom BPT 2018, BREXIT

23. und 24. November 2018 in Berlin:

Generalsekretärin Nicola Beer, MdB und designierte Spitzenkandidatin zur Europawahl berichtete zur Erarbeitung des Europawahlprogramms und Vorbereitung des Europawahlkampfs. Teilnehmer des ALDE-Kongresses in Madrid u.a. Frau Schuster und Herr Naether informierten zu den Beratungen des ALDE Manifests – im Ergebnis ein zufriedenstellendes Papier für die FDP. Neben anderen Themen ging man insbesondere auf die neue Allianz mit En Marche ein. Alexander Graf Lambsdorff (AGL), MdB, Vorsitzender AK IV (Freiheit und Menschenrechte Weltweit) der Bundestagsfraktion bewertete u.a. diese Allianz für den Wahlkampf der ALDE und der FDP als wichtigen Impuls und berichtete zum angedachten Spitzenkandidatenteam zur Europawahl. Er erläuterte zudem den UN-Migrationspakt mit anschließender ausführlicher Diskussion im Plenum. Zudem berichteten die Vorsitzenden der Arbeitsgruppen des AK IV zu aktuellen Themen. Gesine Meißner präsentierte einen Rundumblick über aktuelle Themen aus dem Europäischen Parlament (u.a. Freihandelsabkommen mit Japan, Energiepaket, neues Forschungsrahmenprogramm, Verbesserung von Bahnpassagierrechte, Waffenexportrichtlinie, Meerespolitik, MFR, BREXIT). Aus aktuellem Anlass debattierte der BFA intensiv Fragen rund um den BREXIT und nahm eine Qualitätskontrolle und notwendige Ergänzungen zum Europawahlprogramm vor.

Bearbeitete Themen:

Entwurf des Europawahlprogramms, UN-Migrationspakt, BREXIT, (externe) Berater des BMVg, Nachkriegsordnung für Syrien, EU-Iran-Abkommen, aktuelle menschenrechtliche Herausforderungen, dt.-französisches Parlamentsabkommen, Stand der Erarbeitung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) ab 2021, Westbalkan und Beitrittsperspektive, Umgang mit China, Umgang mit Iran, Konfliktregelungsansätze für den Nahen Osten, Welthandel und werteorientierte Flüchtlingspolitik

BFA Bau und Wohnen

Vorsitz: Sebastian Körber

Der Bundesfachausschuss „Bau und Wohnen“ wurde am 12. März 2018 durch Beschluss des Bundesvorstands wiedereingesetzt, nachdem er zuvor knapp vier Jahre mit dem Bereich Umwelt zusammengelegt worden war.

In einer ersten Sitzung in Berlin am 29./30.06.2018 hat sich der BFA im „Walther- Scheel- Zentrum“ konstituiert und Sachverständige und Experten, sowie stellvertretende Vorsitzende gewählt. Danach haben wir mit dem Sprecher für Bau- und Wohnungspolitik der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag Daniel Föst MdB über aktuelle Themen aus dem Bereich Bau-, Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik diskutiert.

Neben einer Ideen- und Maßnahmenammlung, wie das „Bauen in Deutschland“ günstiger werden kann, wurde intensiv zum Thema „Grundsteuer“ diskutiert.



Konstituierung des BFA Bau und Wohnen im "Walther-Scheel-Zentrum" in Berlin.

Hierbei wurden zwei grundlegende Positionen erörtert:

a.) Abschaffung der Grundsteuer und Ersetzen der volumenmäßig ca.14 Mrd. Euro der Kommunen durch den Bund.

b.) Neues Berechnungsmodell unter Berücksichtigung der Grundstücksgröße, Nutzungsart, Bodenrichtwert und der überbauten Grundstücks- bzw. der gesamten Nutzfläche. Die Kommunen können dann auch z. B. stadtteilbezogene Hebesätze einführen.

Das nächste Zusammentreffen des BFAs fand am 09./10.11.2018 in Suhl statt.

Nach einem Grußwort des Oberbürgermeisters Knapp wurde von Frau Hollandt die Stadtentwicklung von Suhl von 1991 bis 2018 beleuchtet und mit MdB Daniel Föst über aktuelle baupolitische Schwerpunkte der Bundespolitik diskutiert.

Neben Diskussionen zu Baukostensenkung, Maklerrecht und Grundsteuer standen Ortstermine an. Es wurde eine „Dachführung“ des Congress Centrum Suhl (CCS) mit seiner ingenieurmäßigen einmaligen Dachkonstruktion, eines umgenutzten und sanierten Geschosswohnungsbaus und das Fahrzeugmuseum Suhl besucht.

Die nächste BFA – Sitzung fand nach Redaktionsschluss am 22./23.02.2019 in Berlin statt.

BFA Wirtschaft und Energie

Vorsitz: Dr. Andreas Reichel

Der Bundesfachausschuss Wirtschaft und Energie wird ab dem Sommer 2017 von Dr. Andreas Reichel als Vorsitzender geleitet. Bis Sommer 2018 waren Prof. Dr. Peter Altmiks, Volker Thiel und Thomas Sattelberger stellvertretende Vorsitzende. Bei der Neukonstituierung wurden Prof. Dr. Peter Altmiks, Michael vom Baur und Thomas Sattelberger zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Als Unterausschüsse wurden im September 2018 eingesetzt: UA Wettbewerb und Ordnungspolitik (Vorsitz: Volker Thiel), UA Energie (Vorsitz: Michael vom Baur), UA Technologietransfer und Innovation (Vorsitz: Dr. Gerhard Hansen) UA Wirtschaft und Ethik (Vorsitz: Gerhard Dieterle) sowie UA Tourismus (Vorsitz: Thomas Philipp Reiter).

Derzeit finden drei bis vier Sitzungen pro Jahr statt. Die Tagungen finden regelmäßig bei Verbänden oder Unternehmen statt, die in die aktuelle politische Diskussion eingebunden werden.

Am 31. März und 1. April 2017 tagte der BFA in Berlin und hatte Prof. Dr. Daniel Zimmer vom Lehrstuhl für Handels- und Wirtschaftsrecht der Universität Bonn zu Gast, der einen Vortrag über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hielt. Schwerpunkt war das Argumentationspapier „Herausforderung Klimaschutz erfordert Neuausrichtung!“, welches beschlossen und an den Bundesvorstand weitergeleitet wurde. Zudem wurden Änderungsanträge für den folgenden Bundesparteitag beraten und gestellt.

Am 30. Juni und 1. Juli 2017 tagte der BFA im Stuttgarter Landtag. Dr. Wolfgang Reiser, Vorstand des Interessenverbands Supraleitung und Geschäftsführer der Vision Electric Super Conductors GmbH, hielt einen Vortrag über Supraleitung und ihre Anwendungsmöglichkeiten. Der BFA erstellte Vorschläge und Ideen, wie wirtschafts- und energiepolitische Themen an bestimmte Zielgruppen besser kommuniziert werden können. Diese wurden an die Generalsekretärin weitergeleitet.

Auf seiner Sitzung am 18. und 19. November 2017 in Hamburg besichtigte der BFA das Eurogate Terminal und besprach mit NRW Staatssekretär Christoph Dammermann eine effizientere Koordination der Länderwirtschaftsministerien mit dem BFA. Ewald Aukes, Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, stellte die wirtschafts- und energiepolitischen Positionen der Hamburger FDP-Fraktion vor. Sitzungs-Schwerpunkt war die Diskussion des aktuellen Sondierungspapieres der Jamaika-Sondierungsgespräche. Der BFA befand das Ergebnis als ernüchternd und politisch unzureichend. Zudem wurde zu dem Projekt Nordstream 2 eine fundierte Faktensammlung sowie Beschlussvorlage erstellt und an den Bundesvorstand weitergeleitet.

Vom 26. bis 27. Januar 2018 tagte der BFA in Bremen im Überseemuseum und bei Airbus Defence & Space, wo auch die Produktion besichtigt wurde. Zu Gast war MdL Jörg Bode, mit dem über das VW-Gesetz diskutiert wurde. Der BFA und die niedersächsischen Liberalen einigten sich auf eine Position, die auch ordnungspolitisch tragfähig ist. Zudem berichtete der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Michael Theurer, aus der Bundestagsfraktion und erläuterte nochmal die schwierigen Sondierungsgespräche.

Am 4. und 5. Mai 2018 tagte der BFA in München, besichtigte das Watson-IoT-Center und war zu Gast bei der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft, die auch ihre wirtschafts- und energiepolitischen Positionen vorstellte. Den Schwerpunkt bildete die Diskussion des Ethik-Papiers „Liberale Grundsätze für eine digitalisierte Lebenswelt“. Zudem wurden Anträge und Papiere für den folgenden Bundesparteitag besprochen und beschlossen.

Am 28. und 29. September 2018 fand die konstituierende Sitzung bei Boehringer in Ingelheim, wo auch das Werk besichtigt wurde, und in Bad Kreuznach statt. Staatssekretärin Daniela Schmitt präsentierte die Positionen und Ziele der rheinland-pfälzischen Wirtschaftspolitik. Der wirtschaftspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Reinhard Houben, informierte über die wirtschafts- und energiepolitische Arbeit der Fraktion. Das BFA-Papier zum Brexit wurde aktualisiert. Die an den BFA verwiesenen Anträge des vorangegangenen Bundesparteitags wurden behandelt. Zudem wurde ein „Gastvortrag“ von Rainer Brüderle zu Grundsätzen einer „liberalen Industriepolitik“ diskutiert.

Am 18. und 19. Januar 2019 tagte der BFA beim BDI in Berlin, wo die BDI-Klimastudie präsentiert und unter dem Gesichtspunkt einer proaktiveren Positionierung der FDP zum Klimaschutz diskutiert wurde. Reinhard Houben berichtete über die wirtschaftspolitische Arbeit der Bundestagsfraktion, ergänzt um Berichte von Bettina Stark-Watzinger (Finanzen) sowie Martin Neumann (Energie). Beschlossen wurde der Antrag „Sprung ins Web 3.0 als Chance nutzen“, der Antrag „Neue Chancen durch fairen und freien Welthandel“ wurde diskutiert und zur Beschlussfassung in ein Umlaufverfahren verwiesen. Mit Patrik Swieter MdA wurden aktuelle Wirtschaftsthemen der Berliner Landespolitik diskutiert. Schwerpunkt der Sitzung war dann der Vortrag mit anschließender Diskussion von Dr. Joachim Lang, BDI Hauptgeschäftsführer und Mitglied des Präsidiums, wesentliche Themen: Unternehmensbesteuerung, Steuerliche Forschungsförderung, De-Regulierung, Sorgen/Szenarien zum Brexit (hierzu wurde der BFA Antrag erneut aktualisiert), Infrastruktur und Wettbewerbsrecht.

BFA Finanzen, Steuern und Haushalt

Vorsitz: Dr. Volker Wissing

Der Bundesfachausschuss (BFA) hat in den Jahren 2017 und 2018 jeweils zwei Mal getagt:

- am 25. Februar 2017 in Mainz im Abgeordnetenhaus des Landtages von Rheinland-Pfalz;
- am 4. November 2017 in Berlin beim Bundesverband deutscher Banken e. V.;
- am 2./3. März 2018 in Berlin bei der Stiftung Familienunternehmen;
- am 19./20. Oktober 2018 beim Zentralverband des deutschen Handwerks.

An den Sitzungen haben jeweils zwischen ca. 20 bis ca. 45 Personen teilgenommen. Es ist zu beobachten, dass die Teilnehmerzahlen nach Wiedereinzug der FDP in den Deutschen Bundestag leicht angestiegen sind. Erfreulicherweise auch unter anderem dadurch, dass sehr schnell Kontakt und Anschluss an den Arbeitskreis V (AK V) „Politik, die rechnen kann“ hergestellt werden konnte.

So stellte bspw. der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Leiter des AK V den Mitgliedern des BFA ausführlich die Organisation der neuen Bundestagsfraktion und vor allem die Zuständigkeit der Mitglieder aus der AG Haushalt sowie AG Finanzen vor.

Der hiesige BFA zeichnete sich während der APO-Zeit durch eine besondere Treue seiner Mitglieder aus, die nicht hoch genug wertgeschätzt werden kann. Dadurch konnten die während der APO-Zeit für die Finanzpolitik Verantwortlichen direkt oder mittelbar fachliche Beratung in Anspruch nehmen.

Inhaltliche Schwerpunkte der Sitzungen

I. Sitzung am 25. Februar 2017

Die o. g. Sitzung beschäftigte sich vor allem mit dem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017. Der BFA nahm umfassend zu Bereich Finanzen (Politik, die rechnen kann) Stellung. Aus eigener Überzeugung und in Übereinstimmung mit der sog. Q1-Kommunikationsstrategie der Bundespartei plädierte der BFA an ausgewählten europolitischen Stellen des Wahlprogramms für eine empathischere und lösungsorientiertere Fassung des Programms.

Proaktiv und vorausschauend entschied sich der BFA zu einer Selbstbefassung zur Digitalsteuer. Im Nachgang zu der Sitzung fand hierzu ein Workshop mit Mitgliedern des BFA bei der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft EY statt.

II. Sitzung am 4. November 2017

Die o. g. Sitzung fand unter dem maßgeblichen Eindruck der laufenden Jamaika-Sondierungen statt. Darüber hinaus nahm der BFA in stillem Gedenken von dem langjährigen und den Ausschuss prägenden Mitglied Harro Muus Abschied.

Der Vorsitzende des BFA Dr. Volker Wissing berichtete zugleich in seiner Funktion als „Chef-Verhandler“ für die FDP-Bundespartei für den Bereich Finanzen, Steuern und Haushalt zum damaligen Stand der Jamaika-Sondierungen. Darüber hinaus nahm der Stellvertretende Vorsitzende des BFA Philipp Iza Schilling als Berater an den Jamaika-Sondierungen für den entsprechenden Bereich teil.

Das hohe Interesse des BFA begründete sich auch darin, dass die Mitglieder des BFA während der APO-Zeit als fachlicher Background intensiv zur Verfügung standen.

Der Vorsitzende dankte bereits an dieser Stelle den Mitgliedern des BFA für die zahlreichen wertvollen Hinweise. Durch die enge Verzahnung dieses BFA in die fachlich relevanten Ministerien konnten die Verhandlungen mit den Sondierungspartnern auf Augenhöhe geführt werden.

Bereits an dieser Stelle wiesen die Mitglieder des BFA in der Diskussion darauf hin, den Augenmerk nicht allein auf die Nutzung der damals sprudelnden Steuereinnahmen zu legen, sondern sich zugleich auch in „guten Zeiten“ durch Haushaltsstrukturreformen auf andere Zeiten vorzubereiten.

Für die Sondierungen überreichten Mitglieder ihre Anregungen für die weiteren Sondierungen ein.

III. Sitzung am 2./3. März 2018

Die o. g. Sitzung wurde thematisch immer noch durch die am Ende nicht erfolgreichen Jamaika-Sondierungen bestimmt.

Sowohl der Ausschussvorsitzende als auch der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dürr erläutern umfassend den Ausgang der Sondierungen. Der damalige Leiter der Stiftung Familienunternehmen äußerte sein Bedauern über das Ende der Jamaika-Sondierungen, aber zugleich auch sein Verständnis.

Diese Sitzung wurde auch maßgeblich durch einen ausführlichen Bericht von MdEP Wolf Klinz geprägt. Klinz trug einen Sachstand zu sämtlichen finanzpolitischen EU-Rechtsetzungsvorhaben und bewertete diese. Die Mitglieder dieses BFA begrüßten den pro-europäisch ausgerichteten Vortrag von Klinz.

Der BFA bestätigte in dieser Sitzung im Hinblick auf die bevorstehende Reform der Grundsteuer seine im Frühjahr 2016 getroffene Grundausrichtung für ein wertabhängiges Einfachmodell.

Der LFA NRW stellte seine Überlegungen für Änderungen bei der Besteuerung von Renten und zur Entlastung der Familien vor.

IV. Vorsitzenden-Treffen am 2. Juli 2018 im HDGH

Herr Iza Schilling vertrat den Ausschussvorsitzenden beim Vorsitzenden-Treffen der BFAs im HDGH. Die Parteizentrale äußerte ihre Erwartungen an die künftige Arbeit der BFAs. Für den bereits gut aufgestellten, hiesigen BFA ergab sich kein Änderungsbedarf.

V. Sitzung am 19./20. Oktober 2018

Die o. g. Sitzung fand beim ZDH statt. Zum ZDH ist zu bemerken, dass er den BFA als regelmäßiger Ausrichter der Sitzungen unterstützt hat; insbesondere auch zu schwierigsten APO-Zeiten. Neben der ohnehin dort vorhandenen, fachlichen Expertise rechnet der BFA dem ZDH diese Verbundenheit bzw. Offenheit auch in schlechten Tagen hoch an.

Aufgrund des Sitzungstermins am Ende einer Sitzungswoche des Deutschen Bundestages nahmen vielen MdBs aus der AG Haushalt bzw. der AG Finanzen teil.

Die Sitzung wurde bestimmt durch die vorzunehmenden Wahlen. Der Vorstand des BFA wurde auf vier Stellvertreter erweitert. Der neu zusammengesetzte Ausschuss ist gekennzeichnet durch praktische Expertise aus dem Steuerbereich sowie der Finanzbranche.

Inhaltlich stand eine weitere Bestätigung des wertabhängigen Einfachmodells für die Grundsteuerreform im Mittelpunkt. Der BFA nahm damit eine andere Position als die Bundestagsfraktion (Äquivalenz- bzw. Flächenmodell) ein. Der Bundesvorstand hatte sich im November 2016 – abweichend von beiden vorgenannten Modellen – für eine reine Bodenwertsteuer entschieden.

Zentraler Beratungsgegenstand war zudem der Entwurf für das Europawahlprogramm. Hierbei ist anzumerken, dass der BFA im Sommer 2018 im Wege eines gesonderten Umlaufverfahren bereits zu einem sehr frühen Stadium zu diesem Entwurf Stellung genommen hatte.

Die am 19./20. Oktober erarbeitete Stellungnahme zu dem damals aktuellen Entwurf wurde intensiv diskutiert. Der BFA positionierte sich unter Beachtung marktwirtschaftlicher Leitlinien klar pro-europäisch.

VI. Sitzung am 8./9. Februar 2019

Diese Sitzung des BFA fand nach Redaktionsschluss statt.

BFA Ernährung und Landwirtschaft

Vorsitz: Dr. Lukas Braun

Der Bundesfachausschuss Landwirtschaft und Ernährung hat im Berichtszeitraum drei Sitzungen durchgeführt:

- 20./21. Januar 2017, Berlin
- 9. November 2018, Berlin (konstituierende Sitzung)
- 18. Januar 2019, Berlin

Bericht des Bundesfachausschusses Ernährung und Landwirtschaft 2017

Der BFA Ernährung und Landwirtschaft hat zum Bundesparteitag am 28. – 30. April 2017 einen umfangreichen Antrag mit dem Titel: „Schützen durch Nützen – Für eine moderne innovative Land- und Forstwirtschaft“ eingebracht mit folgenden Themen: Landwirtschaft und Forstwirtschaft – die wichtigsten Wirtschaftszweige im ländlichen Raum, Forstwirtschaft – seit Generationen gelebte Nachhaltigkeit, Landwirtschaft – innovativer und zukunftsorientierter denn je, Naturschutz mit den Menschen. Teile des Antrags wurden in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl am 24. Sept. 2017 übernommen. Der Bundesfachausschuss hat auf diesem Parteitag beschlossen, auf Sitzungen während des Wahlkampfes zu verzichten, da die Mitglieder überwiegend im Wahlkampf in ihren jeweiligen Landesverbänden engagiert waren. Nach der erfolgreichen Bundestagswahl haben Mitglieder des BFA die neue Bundestagsfraktion bei der Erarbeitung des Antrages „Nationale Strategie für den Umgang mit dem Herbizid-Wirkstoff Glyphosat“ Drucksache 19/216 unterstützt. Auf eine erneute Kandidatur hat die ehemalige Vorsitzende Dr. Christel Happach-Kasan, die seit 2009 den Bundesfachausschuss Ernährung und Landwirtschaft leitete, verzichtet. Ihr Nachfolger wurde Dr. Lukas Braun.

Bericht des Bundesfachausschusses Ernährung und Landwirtschaft 2018 - 2019

Den laufenden Abstimmungsprozess für den Entwurf des Europawahlprogramms moderierte interimsmäßig Carina Konrad, MdB. Am 9. November 2018 trat der BFA unter Leitung des neuen Vorsitzenden, Dr. Lukas Braun (LV Baden-Württemberg), zur konstituierenden Sitzung zusammen. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Daniel Bohl (LV Mecklenburg-Vorpommern), Daniel Eberz (LV Rheinland-Pfalz), Carolin Holzmüller (LV Baden-Württemberg) und Christian Teppe (LV Niedersachsen) gewählt. Nach einer allgemeinen Aussprache benannten die BFA-Mitglieder u.a. folgende Arbeitsfelder für die Zukunft:

- Entwicklung einer langfristigen Position zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP-Reform 2027)
- Digitalisierung der Land- und Forstwirtschaft
- Ländliche Räume und Infrastruktur
- Clusterpolitik Forst- und Holzwirtschaft
- Nährstoffkreisläufe und Düngerecht
- Prädatoren-Management (Wolf, Luchs und Co.)



Der BFA Landwirtschaft und Ernährung auf der Demonstration "Wie machen euch satt" im Januar 2018 in Berlin.

Am 18. Januar 2019 kam der BFA anlässlich der Eröffnung der Internationalen Grünen Woche abermals in Berlin zusammen. Bei dieser Sitzung standen der zuvor vom Bundesvorstand verabschiedete Entwurf zum Europawahlprogramm sowie ein eigener Antragsentwurf des BFA zum Umgang mit den Neuen Züchtungstechniken (Genome-Editing-Verfahren) bzw. zum geltenden europäischen Gentechnik-Rechtsrahmen im Vordergrund. Der Antragsentwurf zur Neuordnung des europäischen Gentechnikrechts wurde ohne Änderungen beschlossen und soll zum Bundesparteitag im April 2019 eingereicht werden. Der BFA fordert darin, nicht zuletzt hinsichtlich der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes zur Kennzeichnung von Erzeugnissen, die mit Hilfe von Neuen Züchtungstechniken, hergestellt wurden, eine Anpassung des Rechtsrahmens an den Stand von Forschung und Wissenschaft. Denn die Ungleichbehandlung von Neuen Züchtungstechniken und klassischen Mutagenese-Verfahren, die in der konventionellen Züchtung Anwendung finden, stellt sich heute aus praktischer Sicht als ebenso überholt dar wie die bisherige Regulierung der klassischen Grünen Gentechnik.

Zum Entwurf für das Europawahlprogramm beschloss der BFA insgesamt fünf Änderungsanträge – jeweils mit deutlicher Mehrheit. Ein Änderungsantrag bezog sich auf das Modul „Neue Züchtungstechniken“ und sollte dieses Modul mit dem unmittelbar zuvor beschlossenen Antrag des BFA harmonisieren. Vier weitere Änderungsanträge bezogen sich auf das Modul „Gemeinsame Agrarpolitik“ (GAP), zu dessen Aussagen zur künftigen Gestaltung der Agrarförderung der ersten und zweiten Säule der GAP erhebliche Bedenken bestanden. Pauschalisierende Aussagen, wonach sogenannte „Großbetriebe“ keine Förderung mehr benötigten und „Kleinbetriebe“ indessen umso mehr, wurden mit Blick auf die höchst unterschiedlichen Agrarstrukturen in Nord-, Ost- und Süddeutschland genauso abgelehnt wie hinsichtlich der unterschiedlichen Betriebsstrukturen in den verschiedenen landwirtschaftlichen Erzeugungszweigen.

BFA Arbeit und Soziales

Vorsitz: Michael Kauch

Stellvertretende Vorsitzende: Mona Model, Dr. Elisabeth Preuß, Patrick Arora, Dirk-Heinrich Heuer

Der BFA hat seit seiner Neukonstituierung viermal getagt: am 12.8.2018, 21.10.2018, 11./12.1.2019 und 9./10.3.2019 - jeweils in Berlin. Der Vorstand des BFA traf sich im September 2018 zu einem Abstimmungsgespräch mit der AG Arbeit und Soziales der Bundestagsfraktion.

Schwerpunkte der BFA-Arbeit waren:

- 1. EU-Sozialpolitik:** aufbauend auf dem Antrag des BFA an den Bundesparteitag 2018 hat der BFA Zuarbeiten zum Europawahlprogramm geliefert, die nahezu vollständig von der Programmkommission übernommen und vom Europaparteitag beschlossen wurden.
- 2. Künstliche Intelligenz und Arbeitsmarkt:** mit einer Arbeitsgruppe, Experten-Interviews und einem Tagungsschwerpunkt im Januar hat sich der BFA mit den zu erwartenden Umwälzungen auf dem Arbeitsmarkt durch Digitalisierung und künstliche Intelligenz befasst. Hierbei geht es insbesondere um die Vorbereitung auf einen schnellen Strukturwandel, die Erst- und Neu-Qualifizierung von Arbeitskräften sowie Anpassungen im Arbeits- und Sozialrecht. Der BFA legt dem Bundesparteitag dazu einen ersten Antrag vor.
- 3. Bürgergeld-Update:** zehn Jahre nach der letzten Überarbeitung unserer Beschlüsse zum Bürgergeld ist es an der Zeit für ein Update der liberalen Position. Dazu hat der BFA eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Das Thema ist umso bedeutender, als die SPD den Begriff nun mit einem anderen Inhalt besetzt. In Abstimmung mit den Aktivitäten der Bundestagsfraktion wird der BFA dem Bundesparteitag einen Antrag vorlegen.
- 4. Inklusion:** als einzige ständige Arbeitsgruppe wurde auch in dieser Amtszeit wieder die AG Inklusion eingerichtet. Sie hat sich unter anderem mit der Inklusion auf dem Arbeitsmarkt, dem Verhältnis von Pflege und Eingliederungshilfe, dem Schwerbehinderten-/Teilhabenausweis sowie den Chancen künstlicher Intelligenz für Menschen mit Behinderung befasst. Im November 2018 traf sich die AG mit dem Behindertenbeauftragten der Bundesregierung.
- 5. Sozialer Aufstieg und Zusammenhalt:** in einer Projektgruppe mit dem BFA Familie sowie in der AG Armut hat sich der BFA mit Fragen sozialen Aufstiegs und gesellschaftlichen Zusammenhalts befasst. Der ursprüngliche in der Runde von BFA-Vorsitzenden und Generalsekretärin angedachte interdisziplinäre Antrag zum Bundesparteitag 2019 wurde nicht realisiert. Stattdessen schlägt der BFA nun Mitglieder- und Stakeholder-Dialoge in der zweiten Hälfte 2019 zu diesen wichtigen Themen vor, die die Ausfüllung des Leitbildes der FDP ebenso betreffen wie die stetige Legitimation der marktwirtschaftlichen Ordnung in der gesellschaftlichen Debatte.

BFA Gesundheit

Vorsitz: Christine Aschenberg-Dugnus

Stellvertretende Vorsitzende: Dirk-Heinrich Heuer (Schriftführer), Robert-Martin Montag, Dr. Stefan Schönberger, Prof. Dr. Andrew Ullmann

Die Sitzungen des Bundesfachausschusses fanden im Berichtszeitraum Juni 2017 bis Januar 2018 zu folgenden Terminen statt:

- 1) 30.06.17/01.07.17 in München
- 2) 13.10.17/14.10.17 in Hamburg
- 3) 23.02.18/24.02.18 in Berlin
- 4) 29.06.18/30.06.18 in Berlin
- 5) 19.10.18/20.10.18 in Berlin

Die BFA Sitzungen haben sich mit folgenden Themen befasst:

Sitzung 30.06./01.07.17:

- 1) Erstellung eines Pflege-Flyers für die Wahlkämpfe
- 2) Morbiditätsorientierter Risikostrukturausgleich MorbiRSA
- 3) Die Arbeit des Gemeinsamen Bundesausschusses G-BA
- 4) Gebührenordnung für Ärzte GOÄ
- 5) Sicherstellung der qualifizierten medizinischen Versorgung im ländlichen Raum
- 6) Versandhandel mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln
- 7) Beibehaltung des Fremdbesitzverbots von Apotheken

Sitzung 13.10./14.10.17:

- 1) Vortrag Prof. Schreyögg: Gesundheitssystem Singapur
- 2) Gesundheitsagenda der FDP Bundestagsfraktion
- 3) Wohngemeinschaften in der Intensivpflege von Dauerbeatmungspatienten
- 4) Antrag „Der Patient im Mittelpunkt – der Arzt im Blick“
- 5) Telematik

Sitzung 23.02./24.02.18:

- 1) Vortrag Prof. Möws: Die GKV nach den Koalitionsverhandlungen – Reformbedarf und Ausblick
- 2) Bericht von den Jamaika-Sondierungen
- 3) Vorhaben der AG Gesundheit der FDP Bundestagsfraktion
- 4) Bürgerversicherung versus duales System
- 5) Antrag LV Bayern: „Freie Berufe stärken, Unabhängigkeit sichern“

Sitzung 29.06./30.06.18:

- 1) Wahl der Mitglieder des BFA Gesundheitspolitik
- 2) Vortrag Dr. Pick: „Unterschiede zwischen Stationären Einrichtungen und kommerziell betriebenen WGs in der Intensivpflege“

- 3) Überwiesene Anträge vom Bundesparteitag
 - a) Übergewichtsprävention
 - b) Organspende erleichtern
 - c) Fortschritte in der HIV-Prävention
- 4) Bericht aus dem Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages
- 5) Einrichtung von 6 Arbeitsgruppen:
 - a) a) Entbürokratisierung des Gesundheitswesens
 - b) b) Digitalisierung des Gesundheitswesens
 - c) c) Weiterentwicklung der Finanzierung des Gesundheitswesens
 - d) d) Europawahlprogramm
 - e) e) Pflege
 - f) f) Ernährungsprävention

Sitzung 19.10./20.10.18:

- 1) Überwiesener Antrag Bundesparteitag 202 „Mehr Rechtsschutz für Anbieter ambulanter Dienste“
- 2) Vortrag Dr. Wagner: „Zahnärztliche MVZ“
- 3) Gewalt gegen Ärzte und Pflegepersonal in Notfallambulanzen
- 4) Berichte aus den AGs
- 5) Bericht aus dem Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages

Der Bundesfachausschuss hat folgende Anträge gestellt:

- Freie Berufe stärken, Unabhängigkeit sichern
- Pflege Wohngemeinschaften
- Der Patient im Mittelpunkt – den Arzt im Blick

Die AG Europawahlprogramm hat sich an der Erarbeitung des Europawahlprogramms beteiligt.

Die Anzahl der Arbeitsgruppen ist ausgeweitet worden aus der Erkenntnis heraus, dass die optimale Erarbeitung von Papieren/Anträgen nur in Gruppen sinnvoll ist. Dabei sollen sich die Papiere an dem Leitbild der FDP orientieren und allgemeinverständlich formuliert sein.

Die Arbeitsgruppen stellen in jeder BFA Sitzung ihre Ergebnisse vor.

Die Anzahl der Gäste ist ausgeweitet worden, um interessierten Neu/Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, sich thematisch einzubringen.

BFA Justiz, Innen, Integration und Verbraucherschutz

Vorsitz: Dr. Matthias Schulenberg

Der Bundesfachausschuss Justiz, Innen, Integration und Verbraucherschutz begreift sich als Fachberatungsgremium und Denkfabrik zur Vorbereitung von Beschlüssen der Gremien der Partei.

In der Zeit vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Januar 2019 tagte der Bundesfachausschuss in vier Präsenzsitzungen, jeweils in Berlin, aufgeteilt in Frühjahrssitzung und Herbstsitzung. Neben den Präsenzsitzungen findet die Meinungsbildung online in ad-hoc Abstimmungen und Beratungen sowie gegebenenfalls in eingerichteten Unterausschüssen statt. Vorsitzender des Bundesfachausschusses für den genannten Zeitraum war und ist Dr. Matthias Schulenberg. Stellvertretende Vorsitzende waren Dr. Torsten Brand und Prof. Wilfried Bernhard. Auf der Herbstsitzung 2018 wurden die beiden stellvertretenden Vorsitzenden nach turnusmäßiger Neukonsolidierung des Bundesfachausschusses neu gewählt.

In der Frühjahrssitzung 2017 fand schwerpunktmäßig die Diskussion des Entwurfs des Bundestagswahlprogrammes statt. Der Bundesfachausschuss beschloss eine Fülle von Änderungen, die in das Bundestagswahlprogramm eingeflossen. Darunter Änderungen zu Themen wie EU-Datenschutzgrundverordnung, zur Reproduktionsmedizin, zum Bürokratieabbau durch „one in two out“, zur doppelten Staatsbürgerschaft, zum Urheberrecht, zur Sicherheitsarchitektur der Verfassungsschutzämter, zum Wechselmodell nach Trennung der Eltern, zum gemeinsamen Sorgerecht unverheirateter Eltern als Regelfall und zur Videoüberwachung im öffentlichen Raum. Der Großteil der Änderungsvorschläge wurde unmittelbar oder nach Abstimmung und/oder Beratung auf dem Bundesparteitag in das Bundestagswahlprogramm übernommen. Auf der Frühjahrssitzung beschäftigte man sich auch mit der Zentralen Stelle zur Aufklärung vor für NS-Verbrechen in Ludwigsburg. Der BFA beschloss, dass sich die FDP für die Errichtung einer gemeinsamen Stiftung von Bund und Ländern einsetzen sollte, die die Aufgabe haben soll, den Umgang der Bundesrepublik Deutschland mit der Bewältigung und juristischen Aufarbeitung der NS-Verbrechen zu dokumentieren und den in Ludwigsburg gesammelten Dokumentenbestand als Sonderbestand zu erhalten und zu archivieren.

Ferner befasste sich der BFA mit weiteren aktuellen Themen und Gesetzesvorhaben. Er sprach sich dafür aus, dass Einbenennungsentscheidungen gemäß § 1618 BGB mit Einwilligung des Kindes wieder rückgängig gemacht werden können, wenn die Ehe zwischen dem biologischen Elternteil und dem sozialen Elternteil wieder geschieden wird. Den Gesetzentwurf zur Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften lehnte er ab und diskutierte die FDP-Position zur elektronischen Fußfessel. Auf der Sitzung diskutierte er ferner umfangreich die Frage des gesetzgeberischen Handlungsbedarfes aus dem Fall Amri und fasste dazu Beschlüsse. Außerdem wurde ein Beschluss zur Videoüberwachung im öffentlichen Raum für das Bundestagswahlprogramm beschlossen. Diskutiert wurde ferner die Notwendigkeit eines Staaten-Insolvenzrechtes. Die Frühjahrssitzung enthielt auch Berichte aus den Landtagsfraktionen und Diskussionen, soweit Vertreter anwesend waren.

Auf der Herbstsitzung im November 2017 befasste sich der Bundesfachausschuss im Nachgang mit den – zu diesem Zeitpunkt bereits gescheiterten – Koalitionsverhandlungen. Dazu wurde ein Beschluss gefasst, der die FDP Bundestagsfraktion für eine taktische Positionierung begleiten soll. Ein weiterer Schwerpunkt war das Thema „Familiennachzug bei Flüchtlingen“. Im BFA fand eine offene Diskussion zum Thema der kollektiven Geltendmachung von Verbraucherschäden statt mit der Tendenz, dass die Einführung von Verbandsklagerechten durchgehend abgelehnt wurde und das

wirtschaftliche Klagerisiko grundsätzlich weiter vom Kläger getragen werden soll. Die prozessuale Bündelung von Individualklagen könne sinnvoll sein, auch um die Gerichte zu entlasten und die Rechtsfindung schneller zu gestalten. Es bleibt aber fraglich, für welche Fallgruppen inhaltlich und thematisch eine Bündelung Sinn machen könnte. Dabei wurde die prozessuale Bündelung von Individualklagen tendenziell als geeignet angesehen für Bagatellschäden bei Verbrauchern. Eher kein Anwendungsbereich wurde dort gesehen, wo staatliche Aufsicht besteht, die bestehende Probleme mit aufsichtsrechtlichen Mitteln beheben kann oder wo Schlichtungs- oder Ombudsmodelle bestehen oder erfolgreich sein können. Insgesamt wurde das KapMuG als geeignetes Vorbild für die kollektive Geltendmachung von Verbraucherschäden angesehen.

Auf der Sitzung befasste sich der Ausschuss weiter mit aktuellen justiz- und verbraucherpolitischen Gesetzgebungsvorhaben der EU, unter anderem mit der Europäischen Staatsanwaltschaft, dem Europäischen Strafregisterverbund, dem Europäischen Patentamt und dem Thema e-evidence.

Anschließend berichtete Herbert Mertin, Minister der Justiz des Landes Rheinland-Pfalz über die bisherige Bilanz der justizpolitischen Regierungsarbeit sowie aktuelle rechtspolitische Vorhaben des Landes Rheinland Pfalz.

Aufgrund eines Vortrags des Vorstands des Bundesverbandes der Verbraucherzentrale, Klaus Müller, diskutierte der BFA aktuelle verbraucherpolitische Themen.

Der BFA fasste einen Beschluss „Moderner Rechtsstaat 2.0“ mit zwölf Eckpunkten für eine moderne Justiz- und Rechtsstaatspolitik, die Leitlinie für die Justizpolitik der FDP für die nächsten Jahre werden soll.

In einer weiteren Diskussion wurde die Reform des Abstammungsrechtes diskutiert, die auf weiteren Sitzungen fortgeführt werden soll.

Auf der Frühjahrssitzung 2018 des BFA wurden aktuelle Themen der Rechts- und Innenpolitik (Bürgerrechtsstärkungs-Gesetz, Familiennachzug, § 219a StGB, Zusammenarbeit mit ausländischen Nachrichtendiensten, Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer, Stärkung der Bundesrepublik als Rechtsstandort für internationale Streitigkeiten, Wechselmodell, Musterfeststellungsklage, Musterpolizeigesetz, Quellen-TKÜ, europäisches Asylrecht, e-privacy-Verordnung, Legal Tech, Strafprozessrecht) diskutiert.

Der BFA beriet die vom Bundesparteitag 2016 verwiesenen Anträge und fasste Beschlüsse zur Reform des Sexualstrafrechts und lehnte Anträge ab, die sich gegen Fahrtests für Senioren, für das Verbot der Vollverschleierung oder für die Namensfreiheit im deutschen Recht eintreten wollten. Zugestimmt wurde einem Antrag, der sich für die Rückkehr der Einhaltung des Schengen-Abkommens aussprach.

Aufgrund eines Impulsvortrags von Herrn Dr. Buermeyer, Vorsitzender der Gesellschaft für Freiheitsrechte e.V., diskutierte der BFA über das Netzwerkdurchsetzungsgesetz und skizzierte Eckpunkte für einen zukünftigen gesetzgeberischen Ansatz. Zum Tagesordnungspunkt aktueller Gesetzgebungsvorhaben der EU wurde über den mehrjährigen EU-Finanzrahmen, die Europäische Staatsanwaltschaft, die e-evidence-Richtlinie und den EU-Rahmenbeschluss über die Strafbarkeit betrügerischer Verwendung von Zahlungsmitteln diskutiert. Lebhaft und kontrovers wurde das europäische Vertragsrecht erörtert.

Gemeinsam wurde im BFA ein Antrag für den Bundesparteitag 2018 zu modernen Nachrichtendiensten zum Schutz vor internationalen Bedrohungen erarbeitet, der auf dem Bundesparteitag eingebracht wurde und teilweise in das Europawahlprogramm eingeflossen ist.

Der Ausschuss diskutierte ferner Initiativen für „barrierefreies Recht“.

Intensiv befasste sich der BFA ferner mit einem Antrag der Kommission Freiheit und Ethik „Freiheit, Perspektive und Selbstbestimmung – liberale Grundsätze und Forderungen für eine digitale Lebenswelt“ und beschloss Rahmenbedingungen für eine Überarbeitung des Antrags durch den Vorsitzenden. Der Antrag liegt dem Bundesvorstand zur Beschlussfassung vor.

In einer späteren gemeinsamen Unterausschusssitzung mit der Kommission „Freiheit und Ethik“ und dem BFA Internet Medien wurde der Antrag überarbeitet und dem Bundesvorstand zur Beschlussfassung übermittelt.

Schließlich befasste sich der BFA mit dem Single Gateway der EU für Rechtsinformationen und dessen geplanten Ausbaus.

Auf der Herbstsitzung 2018 befasste sich der BFA zunächst mit der Beratung der vom 69. Bundesparteitag überwiesenen Anträge. Zum Thema „Transparenz im politischen Prozess“ wurde beschlossen, dass die FDP sich dafür einsetzen wolle, dass an Ausschüsse des Deutschen Bundestages übermittelte offiziellen Stellungnahmen zu veröffentlichen sein sollen.

Zum Thema „Organspenden“ beschloss der BFA, die Einführung einer Widerspruchslösung abzulehnen und die Einführung einer verpflichtenden Entscheidungslösung in der Form zu favorisieren, dass neben einer positiven oder einer negativen Entscheidung für oder gegen eine Organspende sich auch dafür entschieden werden kann, derzeit keine Entscheidung treffen zu wollen. Die entsprechenden Willensäußerungen sollten in einem Register gespeichert werden. Darüber hinaus seien zwingend weitere Maßnahmen, wie z. B. die bundesweite Freistellung von Transplantationsbeauftragten in den Kliniken sowie eine ausreichende Finanzierung der den Organspender und -empfänger behandelnden Kliniken notwendig. Auch sollte der Nachrang der Lebendspender ersatzlos aus dem Transplantationsgesetz gestrichen werden.

Der BFA befasste sich zudem mit einer Vielzahl von aktuellen Themen der Rechtspolitik. Intensiv wurde auch die Entlastung kleinerer und mittlerer Unternehmen von den Dokumentations- und Prüfungspflichten nach dem Geldwäschegesetz diskutiert.

Ferner fand eine intensive Diskussion des Entwurfs des Europawahlprogramms statt. Die entsprechenden Änderungsanträge wurden an die Programmkommission zur Aufnahme in das Programm übermittelt.

Aufgrund eines Impulsvortrags von Prof. Dr. Meo-Micaela Hahne, Vorsitzende Richterin am BGH a.D. zur Reform des Abstammungsrechtes fasste der BFA wichtige Beschlüsse zum Familienrecht:

1. ein Dritter soll die Vaterschaft mit Zustimmung der Schwangeren und ihres Ehemannes vorgeburtlich anerkennen können. Entsprechendes soll auch innerhalb eines kurzen Zeitraumes nach der Geburt gelten („Dreier-Erklärung“),
2. Rechtliche Mutter soll auch weiterhin die Frau sein, die das Kind geboren hat.
3. Jeder soll das Recht darauf haben, seine genetische Abstammung in „statusunabhängig“ gerichtlich klären zu lassen, ohne dadurch zugleich die Zuordnung zu seinen rechtlichen Eltern verändern zu müssen.
4. Das aus dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht abgeleitete Recht jedes Menschen auf Kenntnis der Abstammung umfasst sowohl die Kenntnis über die genetischen Eltern als auch

die Kenntnis über die Geburtsmutter, wenn genetische und biologische Mutterschaft auseinanderfallen.

Zudem wurde eine Reihe von Tendenzen zu weiteren abstammungsrechtlichen Themen nachgefragt.

Aufgrund eines Impulsvortrages von Prof. Dr. Luisa Specht, Uni Bonn, wurde über die Zukunft der datenschutzrechtlichen Einwilligung diskutiert.

Die Frühjahrssitzung 2019 ist für den 16./17. März 2019 in Berlin terminiert. Die Herbstsitzung soll in Brüssel stattfinden.

BFA Bildung, Forschung und Technologie

Vorsitz: Björn Försterling

Der Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Technologie konstituierte sich nach der vom Bundesvorstand beschlossenen Neueinsetzung auf seiner Sitzung am 01.09.-02.09.2018. Neben der Wahl der Sachverständigen erfolgte die Bildung von Unterausschüssen. Es wurden die UAs „Frühkindliche Bildung und Schule“ (Leitung: Christiane Brunk), „Berufliche Bildung“ (Finn Brandt), „Forschung und Technologie“ (Dr. Dr. Magnus Buhler) und „Hochschule“ (zunächst vakant). Die Vorsitzenden der Unterausschüsse fungieren zugleich als stellvertretende Vorsitzende des BFA. Im Rahmen der konstituierenden Sitzung wurden zahlreiche verwiesene Altanträge beraten. Es handelte sich um Anträge vom 67., 68. und 69. Bundesparteitag. Darüber hinaus erarbeiteten die Unterausschüsse ihre Arbeitsprogramme und thematischen Schwerpunkte. Dabei wurde deutlich, dass über alle Themenbereiche die Frage der Digitalisierung eine wichtige Rolle einnimmt. Es besteht daher die Absicht in diesem Bereich weiterzuarbeiten und das inhaltliche Profil der Bundespartei über Fragen der Hardwareausstattung hinaus zu schärfen. Dieses wird sehr wahrscheinlich auch Gegenstand der Sitzung vom 09./10.03.2019 gewesen sein. Da der Tätigkeitsbericht vor dieser Sitzung gefertigt wurde, konnten noch keine Ergebnisse eingearbeitet werden.

Einen breiten Raum nahmen in den Diskussionen die Themen Kooperationsverbot und Hochschulzugangsberechtigung ein. Hier konnte der BFA auf die intensiven Berichte von den Bundestagsabgeordneten Nicola Beer und Dr. Jens Brandenburg zurückgreifen, die ausführlich über die aktuelle Situation berichteten. Im Bereich der Hochschulzugangsberechtigung soll gemeinsam mit der AG Wissenschaft der Fraktionsvorsitzendenkonferenz eine gemeinsame Position ermittelt werden.

BFA Umwelt & Bau (bis 2018) /

BFA Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (ab 2018)

Vorsitz: Horst Meierhofer

Der „alte“ BFA für Umwelt und Bau, der sich am Zuschnitt des Bundesministeriums orientierte, wurde geleitet vom Vorsitzenden **Horst Meierhofer** und den drei Stellvertretern **Gerhard Kier**, **Claus-Peter Appel** und **Gerhard Kolbecher**. Zusätzlich hatten wir den Unterausschuss Umwelt, geleitet von **Leo Wacker**, sowie den Unterausschuss Bau unter der Leitung von **Sebastian Körber**.

In dieser Zusammensetzung tagte der Ausschuss zum letzten Mal am 16./17.3.2018 in Berlin. Inhaltlich ging es am ersten Tag auf Einladung in der Geschäftsstelle von Haus und Grund um „**Einschätzungen zum Koalitionsvertrag**“ mit Dr. Kai H. Warnecke, Präsident Haus und Grund, sowie um das „Bestellerprinzip beim Immobilienverkauf“ mit Caroline Hegenbarth, Geschäftsführerin IVD Nord, Immobilienverband Deutschland. Der zweite Tag, der nach einer längeren Pause auf Einladung von Dr. Lukas Köhler endlich einmal wieder im Deutschen Bundestag stattfinden konnte, drehte sich um „**Feinstaubbelastung in Städten, Fahrverbote und Plaketten: Wie geht es weiter?**“ mit Dr. Kurt-Christian Scheel, Geschäftsführer Verband der Automobilindustrie Deutschland e.V. (VDA) und Martin Schmied, Leiter der Abteilung I 3 "Verkehr, Lärm und räumliche Entwicklung beim Umweltbundesamt (UBA).

Der BFA selbst entschied sich, im Folgenden wieder zur alten Struktur zurückzukehren, d.h. Umwelt und Bau trotz einiger Schnittpunkte wieder zu trennen.

Der neue BFA Umwelt konstituierte sich am 28./29.9.2018 in Berlin. **Horst Meierhofer** bleibt weiter Vorsitzender, **Claus-Peter Appel** stellv. Vorsitzender. Als neue stellv. Vorsitzende wurden gewählt: **Nils Dorn**, **Dr. Angelika Fink-Sonntag** und **Ulla Schäfer**.

Neu installierte der BFA Umwelt sieben Arbeitsgruppen zu folgenden Themen:

- Wasser
- Kreislaufwirtschaft
- Biodiversität, Resilienz
- ETS – Ausweitung
- Mapping und Reporting
- Ausgleichsflächen
- Green finance

Die erste Sitzung in 2019 fand am 11./12. Januar in Brüssel statt. Gastgeber waren wie in den vergangenen Jahren Gesine Meißner als MdEP und Claus-Peter Appel für die hessische Landesvertretung. Themen waren:

Deutsche Umweltpolitik in Europa mit Louisa Rölke, Leiterin Referat Umwelt, Ständige Vertretung des Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union,

Luftreinhaltung in Europa (englisch) mit Veronica Manfredi, Direktorin Lebensqualität, Generaldirektion Umweltpolitik, Europäische Kommission,

Plastikabfälle im Meer mit Sigi Gruber, Referatsleiterin Maritime Ressourcen. Generaldirektion Forschung und Innovation,

Implementierung des weltweiten Emissionshandelssystems Corsia in den Lufthansa-Konzern ab 2021 mit Bernhard Dietrich, Leiter Umweltkonzepte Lufthansa Group,

sowie Änderungsanträge des BFA für das Europawahlprogramm (die auf der Vertreterversammlung auch angenommen wurden)

Die nächste Sitzung wird am 17./18. Mai wieder in Berlin stattfinden.

Vielen Dank allen Mitgliedern des BFAs für ihre engagierte Mitarbeit und der Geschäftsstelle der FDP für die Unterstützung!

BFA Medien, Internet und digitale Agenda

Vorsitz: Maxim Hauk

Die Themenbereiche des Bundesfachausschuss Medien, Internet und Digitale Agenda sind im stetigen Wandel. Dieser Wandel ist getrieben durch technologischen Fortschritt, Bürger und eine Wirtschaft, die schneller als der Gesetzgeber die Spielregeln der digitalen Welt ändern. Die Regeln der analogen Welt müssen auf die neuen digitalen Wirklichkeiten angepasst werden. Die reale Welt verschmilzt mit der virtuellen. Das Selbstverständnis des Zuschauers und Zuhörers gerät in den Konflikt mit den Erfahrungen des Internetusers.

Der BFA MIDA bildet alle diese Entwicklungen in seiner Struktur ab: Delegierte, interessierte FDP-Mitglieder, Sachverständige, Wissenschaftler und hochrangige Vertreter von Wirtschaft und Verbänden sind alle im Ausschuss willkommen und zur Mitarbeit aufgerufen. Der Bundesfachausschuss ist an seinem ersten Sitzungstag freitags für alle Interessenten offen, ein Format, was diesen BFA über die Parteigrenzen hinaus bekannt macht. Es finden sich regelmäßig 40-60 Teilnehmer ein. Für die Diskussion um die Weiterentwicklung des Rundfunks wurde eine zusätzliche Rundfunk-AG unter dem Vorsitz von Thomas Hacker, MdB ins Leben gerufen.



Der BFA Medien, Internet und digitale Agenda

Im Berichtszeitraum wurde nach über einem Vierteljahrhundert der Fackelstab weitergereicht: Der Vorsitz wechselte von Dr. Hans-Joachim Otto zu Maxim Hauk. Dr. Ottos Verdienste bleiben nicht nur immer mit diesem Bundesfachausschuss verbunden, er wurde von den Delegierten auch zum Ehrenvorsitzenden berufen.

Der BFA wählte im September 2018 folgende Stellvertretende Vorsitzende:
Volkmar Eich, Dr. Alexander Kleist, Manuel Höferlin und Nadja Hirsch.

Als Experten wurden neu gewählt:

Dr. Iris Henseler-Unger, Dr. Tobias Schmid, Tobias Haar, Dr. Guido Brinkel, Prof. Louisa Specht, Prof. Hubertus Gersdorf, Prof. Daniel Zimmer, Prof. Ina Schieferdecker, Dr. Ole Jani.

Im Berichtszeitraum fanden folgende vier Sitzungen statt:

6. und 7. Oktober 2017, Berlin: In dieser Sitzung ging es vor allem um die Weiterentwicklung der Rundfunkordnung, vor allem der Abschaffung der Lizenzierungspflicht, um die Weiterentwicklung des Datenrechts, das Netzwerkdurchsetzungsgesetz und die Revision der ePrivacy-Richtlinie.

2. und 3. März 2018, Berlin: Neben der Datenpolitik als Schlüssel für innovative eHealth-Produkte ging es um IT-Sicherheit, Urheberrecht, Rundfunkpolitik und den Breitbandausbau.

21. und 22. September 2018, Berlin:

Nach einer Buchvorstellung zur Meinungsfreiheit im Spannungsfeld zur Political Correctness ging es vor allem um maschinelles Lernen und Künstliche Intelligenz, die EU-Urheberrechtsreform und Cybersicherheitspolitik.

Am 26. Januar 2019 konstituierte sich am Vortag des Europaparteitags die Rundfunk AG des Bundesfachausschusses Medien, Internet und Digitale Agenda unter Vorsitz von Thomas Hacker in Berlin. Themen waren Rundfunkgeschichte, die Strukturreform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die Plattformdiskussion und der Stand der Rundfunkänderungsstaatsverträge.

Am 15. und 16. Februar traf sich der BFA MIDA in München. Neben der Frage der Datenökonomie des Internets sprachen Helmut Markwort über die Zukunft des Journalismus und der ARD-Vorsitzende Wilhelm über die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Die Facebook-Entscheidung des Bundeskartellamts und das Thema Filmförderung standen ebenfalls zur Debatte. Ein Thema, das weiterverfolgt wird, ist der Kampf um die Meinungsführerschaft beim Thema Urheberrecht zwischen Medien-, Netz- und Rechtspolitikern.

BFA Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Vorsitz: Mieke Senftleben

Im Jahr 2018 haben drei Sitzungen stattgefunden, wobei jeweils 14-18 Personen teilgenommen haben. Die Mitglieder trafen sich immer in Berlin an einem Wochenende.

Zur Sitzung vom 23./24. Februar 2018 wurden die Mitglieder der FDP Bundestagsfraktion eingeladen, die sich mit den Themen des BFA befassen. Alle Sprecher nahmen teil und stellten ihre Ziele vor.

Außerdem befasste sich der Ausschuss intensiv mit den Anträgen, die zum Bundesparteitag 2018 gestellt werden sollen.

Die konstituierende Sitzung des BFA fand statt am 9./10. Juni. Vorsitzende des BFA bleibt Mieke Senftleben, die noch einmal vom Bundesvorstand für diese Funktion gewählt wurde. Gewählt wurden als Stellvertreter Herr Aggelidis, MdB, Frau Anita Klahn, MdL, Jaqueline Krüger und Hinrich Geelvink. Experten und Gäste wurden ebenfalls gewählt (7 Experten/6 Gäste). In dieser Sitzung wurden die überwiesenen Anträge vom Bundesparteitag diskutiert, und mit einem Votum verabschiedet. Dieses Votum wurde an den Bundesvorstand und an die Generalsekretärin weitergeleitet.

In der dritten Sitzung des BFA im Oktober 2018 wurde intensiv über das Thema „Frauen in der FDP“ diskutiert. Mieke Senftleben berichtete aus der Adhoc Arbeitsgruppe. Zusätzlich wurde über einen gemeinsamen Antrag mit dem BFA Soziales diskutiert, der zum BPT 2019 gestellt werden soll, um dem Thema innerhalb der FDP mehr Gewicht zu geben.

Die nächste und letzte Sitzung dieser Wahlperiode findet statt am 16./17. Februar 2019 wieder in Berlin.

BFA Verkehr

Vorsitz: Dr. Tom Reinhold

Stellvertreter: Hendrik Sander, Robert Rössel

Der Bundesfachausschuss Verkehr hat im Berichtszeitraum zwei Mal getagt; am 1./2. Juni in Berlin (konstituierende Sitzung) und am 30.11. in München (zu Gast bei BMW).

In der konstituierenden Sitzung wurden organisatorische und inhaltliche Schwerpunkte geklärt sowie Experten und Gäste benannt. Der BFA hat folgende Arbeitsgruppen gebildet:

- Emissionen
- Mobilität in Ballungsräumen
- Ländlicher Raum und Entleerungsräume
- Luftverkehr
- Maritimes
- Planungsbeschleunigung
- Infrastruktur
- Güterverkehr

Eine weitere Arbeitsgruppe Bahnpolitik ist in Gründung. Die Arbeitsgruppen haben das Ziel, im Lauf des Jahres 2019 Positionspapiere sowie Anträge für den Parteitag zu erstellen.

Neben der Arbeit in den Arbeitsgruppen wurden Anträge, die vom Bundesvorstand überwiesen wurden, besprochen, u.a. zu den Themen Infrastruktur, unbemannte Flugkörper, Emissionen und Konzepte für den ländlichen Raum. Die verkehrspolitischen Sprecher der Bundestags- und Europafraktion haben über aktuelle Themen aus den Parlamenten berichtet.

Für das Europawahlprogramm wurde ein Textentwurf für den Verkehrsbereich erstellt.

Schwerpunkt der Herbstsitzung bei BMW waren die Themenkomplexe Emissionen/Elektroantrieb und Autonomes Fahren. Die Erkenntnisse fließen in die Papiere und Anträge der Arbeitsgruppen ein.

BFA Kultur

Vorsitz: Dr. Christopher Vorwerk

Der Bundesfachausschuss Kultur tagte in der Berichtsperiode insgesamt sechsmal. Am 08.07.2017 besuchte der BFA die Documenta 14 in Kassel, die weltweit wichtigste Ausstellung für zeitgenössische Kunst. Im Zuge der Bundestagswahl unterstützte der BFA dann im Sommer und Frühherbst 2017 die Bearbeitung von Wahlprüfsteinen sowie die Sondierungsgespräche für eine sogenannte Jamaica-Regierung.

Am 09. und 10.12.2017 folgte eine zweitägige Sitzung in Berlin – die erste nach dem Wiedereinzug der FDP in den Deutschen Bundestag. Im Rahmen der Sitzung knüpfte der BFA an seine Diskussion zu geeigneten Förderansätzen für audiovisuelle Medien aus der Sitzung im Januar 2017 an. Mit Christoph Fisser, Vorstand Studio Babelsberg, und Christoph Sommer, Country Representative Germany Motion Picture Association, waren zwei äußerst kompetente Gesprächspartner zu Gast, so dass der BFA aus erster Hand in Erfahrung bringen konnte, wie es um den Film in Deutschland steht. Zwei weitere Gäste waren für den Sonntagvormittag eingeladen: Mit Stephan Behrmann, Geschäftsführer des Bundesverbandes Freie Darstellende Künste und Jens-Peter Behrend, Leiter der Vaganten Bühne, trafen zwei unterschiedliche Perspektiven auf das Thema „Freie Kulturschaffende: Zwischen Start-Up und Prekariat“ aufeinander. Auch hier konnte der BFA spannende Impulse gewinnen. Im Format der Dinner-Speech stand zuvor am Samstagabend Lavinia Frey, Geschäftsführerin der Humboldt Forum Kultur GmbH, dem Bundesfachausschuss Rede und Antwort.

Die Sommersitzung 2018 fand als konstituierende Sitzung des BFAs am 21. und 22.07.2018 in München statt. Im Rahmen der Konstituierung wandte sich der BFA vor allem internen Themen zu. So wurden zu Beginn der Sitzung zehn Sachverständige gewählt. Erstmals gab es mehr Kandidatinnen und Kandidaten als Plätze. Außerdem wurden in der Sitzung turnusgemäß die stellvertretenden Vorsitzenden neu gewählt. Neben der Wiederwahl von Nico Tippelt und Dr. Bettina von Seyfried wurde Kirsten Gräfin von Hardenberg als weitere stellvertretende Vorsitzende in den Vorstand gewählt. Weitere interne Themen waren die Beratung von Modulen für das Wahlprogramm zur Europawahl 2019 und die Beratung von verwiesenen Anträgen vom 69. Bundesparteitag in Berlin. Als Arbeitsschwerpunkt für das kommende Jahr wurde die Erarbeitung eines Grundlagenantrags zu liberaler Kulturpolitik festgelegt. Traditionell war am Rande der Sitzung auch die Kultur selbst zu erleben: Am Samstagabend besuchte der BFA eine Vorstellung am Münchener Volkstheater und am Sonntagmorgen begrüßte Dr. Wolfgang Heubisch, Staatsminister a.D., den BFA zu einem bayerischen Weißwurstfrühstück und einem Impuls über „Kultur in Bayern – Kultur im Wahlkampf“. Für inhaltlichen Input sorgte während des Wochenendes außerdem der neue BFA-Sachverständige RA Dr. Hannes Hartung, der sich zusammen mit dem Bundesfachausschuss fragte: „Der Fall Gurlitt – War da was?“

Zur Erarbeitung des Grundlagenantrags zu liberaler Kulturpolitik erfolgte am 30.09.2018 ein Workshop im Hamburger Rathaus. Basis des Workshops war eine vorangegangenen BFA-interne Online-Befragung sowie die darauf aufbauende gemeinsame Entwicklung von Zukunftsvisionen zu den wichtigsten Themenfeldern der Kulturpolitik. Ein weiterer Workshop ist am 24.02.2019 in Köln angesetzt.

Die dritte Sitzung des Bundesfachausschusses Kultur im Jahr 2018 fand am 10. und 11.12.2018 in Berlin statt. Am Samstagnachmittag widmete sich der BFA verschiedenen kulturpolitischen Themen: Der Bundestagsabgeordneter Hartmut Ebbing stellte zu Beginn der Sitzung einen Antrag der FDP-Bundestagsfraktion zum Thema Jüdische Raubkunst vor und berichtete über sein erstes Jahr als

Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Darüber hinaus waren zwei externe Experten zu Gast: Nicolas Ehler hat dem Bundesfachausschuss die Arbeit des Goethe-Instituts als wichtigem Mittler der Auswärtigen Kulturpolitik vorgestellt. Anschließend war die Projektleiterin der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft eingeladen, dem BFA über die „Gründer-Kultur“ in diesem für die Kulturpolitik wichtigen Wirtschaftssektor zu berichten. Nach diesem Input beriet der BFA den verwiesenen Antrag des Bundesparteitags zur Künstlersozialversicherung in Anwesenheit von Patrick Arora vom BFA Arbeit und Soziales. Zur weiteren Arbeit am Thema wurde die Einsetzung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe beider BFAs beschlossen. Der Sonntagvormittag stand dann ganz im Zeichen der weiteren Arbeit am Grundlagenantrag zur liberalen Kulturpolitik. Wie stets war am Rande der Sitzung auch die Kultur selbst zu erleben: zum einen mit einer Vorstellung von „Women in Trouble“ in der Volksbühne Berlin am Samstagabend, zum anderen mit einem Besuch der Gurlitt-Ausstellung im Martin-Gropius-Bau am Sonntagmittag.

Im Berichtszeitraum hat sich der BFA Kultur insgesamt positiv entwickelt. Die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wie auch der Sitzungen steigt kontinuierlich an. Durch die vollständige Besetzung aller Sachverständigenplätze konnte das inhaltliche Niveau nochmals gesteigert werden. Neue, verstärkt interaktive Elemente, die vor allem bei der Entwicklung des Grundlagenantrags zum Einsatz kommen, werden von den Mitgliedern gut angenommen. Mit der Taktung von zwei Wochenendsitzungen im Jahr, davon eine im Winter in Berlin und eine im Sommer in einem anderen (wahlkampfführenden) Bundesland, und mit dazwischen geschobenen Workshops hat sich ein produktiver Arbeitsrhythmus entwickelt. Dabei verfolgt der BFA Kultur das Selbstverständnis, der kulturpolitischer Think Tank der FDP zu sein, der sich je nach Bedarf Know-How und Wissen aus der liberalen Familie (z.B. der Bundestagsfraktion) und der Kulturpraxis einholt.

BFA Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Vorsitz: Dieter Kleinmann

Der Antrag „Vielfalt der Religionen – 500 Jahre nach der Reformation“ wurde auf Bitte des Bundesvorstandes in den Teilen I – III Anfang 2017 überarbeitet und das Ergebnis an den Bundesvorstand weitergeleitet.

Das Reformationsjubiläum 2017 (500 Jahre Thesenanschlag Martin Luthers an die Schlosskirche in Wittenberg 1517) spiegelte sich auch in der Arbeit des BFA wider. So war der BFA beim 36. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Berlin mit einem Stand auf dem „Markt der Möglichkeiten“ vertreten. Der Stand war ein toller Erfolg – auch im Hinblick auf die Bundestagswahl. Wir hatten so viele Besucher wie seit Jahren nicht mehr.

Im Juni 2017 besuchte der BFA auf Einladung von Ingo Bodtke, Mitglied des Ausschusses, Eisleben und Mansfeld – ein Trip auf den Spuren Martin Luthers. Interessant war vor allem das neu errichtete Museum in Mansfeld.

Durch die Neuausschreibung der Bundesfachausschüsse und Kommissionen zu Beginn 2018 fand die konstituierende Sitzung am 29. Juni 2018 im Deutschen Bundestag statt. Alfred Neugebauer, Jörg Diehl und Vera Ansén wurden zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Generalsekretärin Nicola Beer hob in ihrem Statement hervor, wie wichtig es sei – gerade auch im Hinblick auf die bevorstehende Bundestagswahl, deutlich zu machen, dass es den Freien Demokraten vor allem darum gehe, inhaltliche Fragen voran zu bringen. Dabei komme den Fachausschüssen und Kommissionen eine große Bedeutung zu.

Inhaltlich ging es bei dieser Sitzung auch um das Verhältnis Staat und Kirchen bzw. Religionsgemeinschaften. Dr. Ruppert erläuterte aus juristischer Sicht den Status „Körperschaft des öffentlichen Rechts“. Diese Thematik soll in einem Seminar vertiefend behandelt werden.

Um noch effizienter als bisher arbeiten zu können, wurden drei Arbeitskreise eingerichtet: 1. „Grundsätzliche Verfassungsfragen für Religionsgemeinschaften (Staatskirchenrecht)“, 2. „Chancen eines die Demokratie stärkenden Islams“ und 3. „Werteinfluss jenseits 1776 als Grundlage liberaler Politik heute“.

Am Nachmittag besuchte die Gruppe die Ibn-Rushd-Goethe Moschee und führte ein einstündiges Gespräch mit Frau Seyran Ates. Dabei ging es vor allem auch um die positive und negative Religionsfreiheit. Da inhaltlich diesbezügliche eine große Übereinstimmung bestand, erklärte sich Frau Ates bereit, als Expertin im BFA mitzuarbeiten.

Beim Treffen am 28.09.2018 in der FDP-Landesgeschäftsstelle Berlin wurde noch einmal das Thema Arbeitskreise aufgegriffen. So sollen diese selbständig arbeiten und ihre Ergebnisse in den BFA einbringen. Außerdem wurde der 37. DEKT In Dortmund vom 19. - 23. Juni 2019 vorbereitet. Es wird dort wieder einen Stand auf dem „Markt der Möglichkeiten“ geben. Auf die „Markt-Platz-Veranstaltung“ wird verzichtet. Grundlage für den neuen Dortmunder Kirchentagsflyer soll der Flyer 2017 beim Kirchentag in Berlin sein.

„Antisemitismus heute“ – das ist leider wieder ein aktuelles Thema. Der Ausschuss wird dazu eine Stellungnahme erarbeiten und plant, zusammen mit dem BV Charlottenburg-Wilmersdorf einen gemeinsamen Antrag zu formulieren.

Der Stadtstaat Hamburg praktiziert seit 21 Jahren ein interessantes, allerdings nicht unumstrittenes Model eines sog. „Gemeinsamen Religionsunterrichts“. Dabei werden die Unterrichtsinhalte von einer „Gemischten Kommission“ erarbeitet. Verantwortet wird der Unterricht gem. Art. 7 GG von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Hamburg. Der BFA wird daher am 22./23.02.2019 in Hamburg tagen und sich über dieses Model durch die FDP-Fraktion in der Bürgerschaft und die Schulverwaltung informieren lassen.

BFA Sport

Vorsitz: Detlef Parr

Auch in der außerparlamentarischen Zeit blieb der BFA Sport präsent. Er begleitete die aktuellen sportpolitischen Entwicklungen, hielt den Bundesvorstand auf dem Laufenden und zeigte bei wichtigen Veranstaltungen wie der jährlichen Mitgliederversammlung des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) oder parlamentarischen Abenden Gesicht. Die während der Bundestagszeit aufgebauten Kontakte zum Präsidium des DOSB und den Sportfachverbänden wurden gepflegt – auch mit dem Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) Dr. Thomas Bach.

Die Sportexperten bereiteten das Wahlprogramm für die Bundestagswahlen sorgfältig vor. Sie schufen die Grundlagen zur Beantwortung von Anfragen und Wahlprüfsteinen und rückten den Sport auf einem Forum „Quo vadis, Sport?“ mit prominenten Gästen in Berlin auch öffentlich in den Blickpunkt. Um die Expertise zu erweitern, suchte der BFA die Zusammenarbeit mit Landesfachausschüssen z.B. auf gemeinsamen Sitzungen in Hessen und Nordrhein-Westfalen. Auch die Bundesparteitage wurden zum Erfahrungsaustausch genutzt.

Nach Wiedereinzug in den Bundestag empfahl der BFA der Bundestagsfraktion, beim Zugriffsverfahren auf die Ausschussvorsitze diesmal den Sportausschuss zu gewinnen. Die SPD war leider vor uns am Zuge. Dafür begrüßten die Sportpolitiker aber die Auswahl der Sportausschussmitglieder. Mit Britta Dassler als sportpolitische Sprecherin und Dr. Marcel Klinge sind wir bestens vertreten. Das zeigten auch die ersten Sitzungen des neuformierten BFA, die bei großer Teilnahme und frischem Wind äußerst kompetenter Mitglieder in Berlin stattfanden. Erste Erfolge im Sportausschuss zeigten die FDP-Initiativen zur Ausrichtung der Special Olympics–Weltspiele in Berlin 2023 und zur finanziellen Unterstützung des Vereins Athleten Deutschland e.V. (Stärkung der Mitwirkungsrechte der Aktiven). Beide führten zu einem Beschluss des Sportausschusses.

Thematisch rückten wir die Bäderallianz vor dem Hintergrund notwendiger Verbesserungen der Schwimmfähigkeit der Kinder und Jugendlichen nach vorne. Die Leistungssportreform konnten wir besonders intensiv diskutieren, weil der neue stellv. BFA-Vorsitzende Andreas Silbersack – mittlerweile zum DOSB-Vizepräsidenten gewählt – uns aus erster Hand informierte. Weitere nennenswerte Themen: der Sport im Koalitionsvertrag, e-Sport (electronic Sports) und seine Einordnung in das deutsche Sportsystem, Datenschutzverordnung und seine Auswirkungen auf den organisierten Sport, Sport im Europawahlprogramm, Rückblick und Bewertung der Leichtathletik-Europameisterschaften in Berlin als Vorbild für Sportgroßveranstaltungen.

Der BFA setzt sich zum Ziel, dass die FDP zukünftig dem Sport einen höheren Stellenwert auf der politischen Agenda beimessen wird.

Kommission Freiheit und Ethik

Vorsitz: Roland A. Kohn

Stellvertreter:

Dr. Sybille C. Fritsch-Oppermann, Dr. Christopher Gohl, Dr. Bernhard Labudek, Thomas Seerig MDA

Die Kommission versteht sich als Plattform zur kritischen Auseinandersetzung mit Grundsatzfragen des Liberalismus in der heutigen Zeit. Dabei geht es uns um die ethische Fundierung der Idee persönlicher Freiheit, welche dem Freiheitlichen Rechtsstaat, der Liberalen Demokratie, der Offenen Gesellschaft und der Sozialen Marktwirtschaft zugrunde liegt. Daß der Grundwert der Freiheit national und international inzwischen vielfach in Frage gestellt wird, bestärkt uns als Liberale darin, für unser Menschen- und Gesellschaftsbild offensiv einzutreten.

Uns ist ebenfalls darum zu tun, aktuelle gesellschaftliche Diskurse aufzunehmen, im Sinne kritischer Vernunft zu reflektieren und eine rationale Praxis zu fördern.

Im Berichtszeitraum fanden insgesamt sieben jeweils zweitägige Sitzungen statt in Berlin, Mannheim, Bonn und Frankfurt.

Neben der Mitwirkung an der Erarbeitung des Bundestagswahlprogramms 2017 wurden folgende Anträge zum Bundesparteitag entwickelt und eingebracht:

- „Vielfalt der Religionen – 500 Jahre nach der Reformation“ (zusammen mit BFA Kirchen)
- „Freiheit, Perspektive und Selbstbestimmung – Liberale Grundsätze und Forderungen für eine digitalisierte Lebenswelt“
- „Die liberale Demokratie stärken – jetzt handeln!“
- „Weltbeste politische Bildung: Für die lernende Demokratie“
- „Liberale Engagementpolitik stiftet Chancen – einen Unterschied für das Gemeinwohl machen“

Aktuell setzen wir uns in einzelnen Arbeitsgruppen insbesondere mit folgenden Themen auseinander:

- CRISPR – „Gen-Scheren“ und Gentherapie
- Migration, Flüchtlinge, „das Fremde“
- „Bürger und Staat – revisited“
- Künstliche Intelligenz unter den Aspekten
 - social credit-System (China)
 - Gesundheitswesen
 - Militärische Anwendungen
 - Marktmacht, Verbraucherschutz

AG Parteientwicklung

Vorsitz: Nicola Beer

Die Kommission Parteientwicklung existiert seit 2012 (Beschluss des Bundesvorstandes der FDP am 20. April 2012) in unterschiedlichen Formen und Zusammensetzungen. Unter Leitung der Generalsekretärin/des Generalsekretärs entwickelt sie Prozesse zur Modernisierung und Weiterentwicklung der Parteiarbeit.

In der Vergangenheit hat die Kommission Parteientwicklung u.a. das elektronische Antragsmanagement entwickelt und implementiert, wodurch auf Parteitag in zwischen mehrere hundert Änderungsanträge beraten werden können. Auch die Visualisierung der Antragsberatung in Echtzeit auf den Parteitagen wurde dadurch ermöglicht. Die Kommission überarbeitete zudem den Mitgliederentscheid und zeichnete sich verantwortlich für die Einführung der Mitgliederbefragung und des Mitgliederbegehrens in die Satzung – um nur einige Projekte beispielhaft zu nennen.

Der Bundesvorstand hat am 12. März 2018 die Kommission unter dem Vorsitz von Nicola Beer neu eingesetzt. Die Mitglieder, die von den Landesverbänden ernannt wurden sind: Sebastian Bergs, Peter Engemann, Charlotta Eskilsson, Matthias Fischbach, Torsten Herbst, Axel Hoffmann, Frank Klein, Christoph Kleinz, Konstantin Kuhle, Mona Model, Thore Schäck, Sandro Schilder, Richard Siebenhaar, Katja Suding, Jan Voigt und Tim Wagner. Die Auslandsgruppe Europa entsandte Marc Naether; die Jungen Liberalen Ria Schröder.

Die Kommission wählte folgende Sachverständige hinzu:

Vera Ansén, Egon Harms, Dr. Christopher Gohl, Katja Grosch, Robert-Martin Montag, Stefan Seyler, Oliver Stirböck, Johannes von Wallenberg sowie Hartfrid Wolff.

Gäste sind Bundesgeschäftsführer Marco Mendorf sowie von Seiten des Bundessatzungsausschusses Michael Reichelt.

In ihrer konstituierenden Sitzung am 24. August 2018 setzte die Kommission folgende Arbeitsgruppen ein:

Gruppe A „Neumitglieder“ (Kordinator: Torsten Herbst)

Ziel: Gewinnung von Neumitgliedern und bessere Einbindung vor Ort.

Themen: Gewinnung von Neumitgliedern, Einbindung und Partizipationsmöglichkeiten (Bestandsaufnahme vorhandener Instrumente, mögliche Umfrage zur Zufriedenheit/Wünschen. Entwicklung neuer Ideen/Mitmachmöglichkeiten) sowie Neumitgliederbeauftragte vor Ort.

Gruppe B „Erleichterung Verbandsarbeit“ (Kordinator: Tim Wagner)

Ziel: Maßnahmen zur Arbeitserleichterung für die Gliederungen.

Themen: Arbeitserleichterung/Bürokratieabbau, Bestandsaufnahme vorhandener Lösungen und möglicher Herausforderungen, Bereitstellung konkreter, praktischer Hilfestellungen/Tools, Best-Practice-Beispiele; ggf. weitere Ideen.

Gruppe C „Neue Veranstaltungsformate“ (Koordinator: Sebastian Bergs)

Ziel: Entwicklung neuer Formate für mehr Partizipation und angepasst an unterschiedliche Ansprechpartner

Themen: Prüfung neuer unterschiedlicher Formate; Sammlung Best Practice-Beispiele und neuer Ideen (z. B. Workshop-Parteitag, Bootcamps, Innovation Lab etc.); Berücksichtigung möglicher Zielgruppen (z. B. Wähler, Neumitglieder, langjährige Mitglieder, Wohnort (Stadt-Land), Altersstruktur etc.), Botschaften, Multiplikationseffekte, öffentlicher Sichtbarkeit.

Gruppe D „Digitalisierung: Antragsmanagement“ (Koordinator: Richard Siebenhaar)

Ziel: Weiterentwicklung des elektronischen Antragsmanagements.

Themen: Prüfung wie vorhandene Tools (meine-freiheit) weiterentwickelt (z.B. hin zum digitalen Parteitag) werden können, Nachvollziehbarkeit von Änderungsanträgen auf BPT verbessern sowie Prüfung des Antrags 702. In dem Antrag wird der Bundesvorstand gebeten, für die Antragserstellung, -verfolgung, -bearbeitung, die Entschlussfassung und Dokumentation von der Bundesebene bis zur OV-Ebene ein IT-Werkzeug bereitzustellen.

Gruppe E „Digitalisierung: Zeit- und Ortsunabhängiges Arbeiten“ (Koordinator: Matthias Fischbach)

Ziel: Nutzbarmachung der vielfältigen digitalen Möglichkeiten für zeit- und ortsunabhängige Parteiarbeit.

Themen: Vereinfachung Orts- und zeitunabhängigen Arbeitens, etwa durch Online-Konferenzen (Handreichung/ggf. Bereitstellung Standardtool, Fragen: Auswahl Tool, Lizenz, Datenschutzkonformität, Kosten etc.), Bestandsaufnahme bei den Mitgliedern, ggf. digitale Wahlen, virtueller Parteitag. Prüfung neue Technische Möglichkeiten.

Gruppe F „Handbuch Parteiarbeit“ (Koordinatoren: Sandro Schilder/Vera Ansén)

Ziel: Entwicklung eines modular aufgebauten Online-Handbuchs für die Parteiarbeit auf allen Ebenen.

Themen: Bestandsaufnahme und Überarbeitung bereits vorhandener Handreichungen, Ergänzung durch weitere Themen, Leitbildprozess. Möglicher neuer Ansatz soll geprüft werden: Handbuch als modularer, dynamischer Prozess. Orts- und Kreisvorsitzende können sich über Online-Plattform (z. B. aktuell meine-freiheit) modular Handreichungen/Praxisbeispiele/Schulungsunterlagen nach aktuellem Bedarf herunterladen und zusammenstellen.

In den folgenden Sitzungen am 5. Dezember 2018 und in der bei Drucklegung am 7. März 2019 geplanten Sitzung, wurden zahlreiche konkrete Projektideen der Arbeitsgruppen erörtert, weiterentwickelt und priorisiert.

Programmkommission zur Europawahl

Vorsitz: Nicola Beer

Der Bundesvorstand der Freien Demokraten hat im März 2018 eine Programmkommission eingesetzt, die unter dem Vorsitz von FDP-Generalsekretärin Nicola Beer das Programm zur Europawahl erarbeitet hat.

Die Mitglieder der Programmkommission waren:

Nicola Beer, Dr. Marco Buschmann, Dr. Christopher Gohl, Nadja Hirsch, Prof. Dr. Frank Hoffmeister, Clarisse Höhle, Konstantin Kuhle, Alexander Graf Lambsdorff, Michael Link, Markus Löning, Marco Mendorf, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Dr. Matthias Schulenberg, Dr. Florian Toncar sowie Dr. Volker Wissing.

Der Programmkommission war es besonders wichtig, die Mitglieder und Fachgremien der Partei mit ihrem breiten Erfahrungsschatz kontinuierlich in die Erarbeitung der Inhalte einzubeziehen.

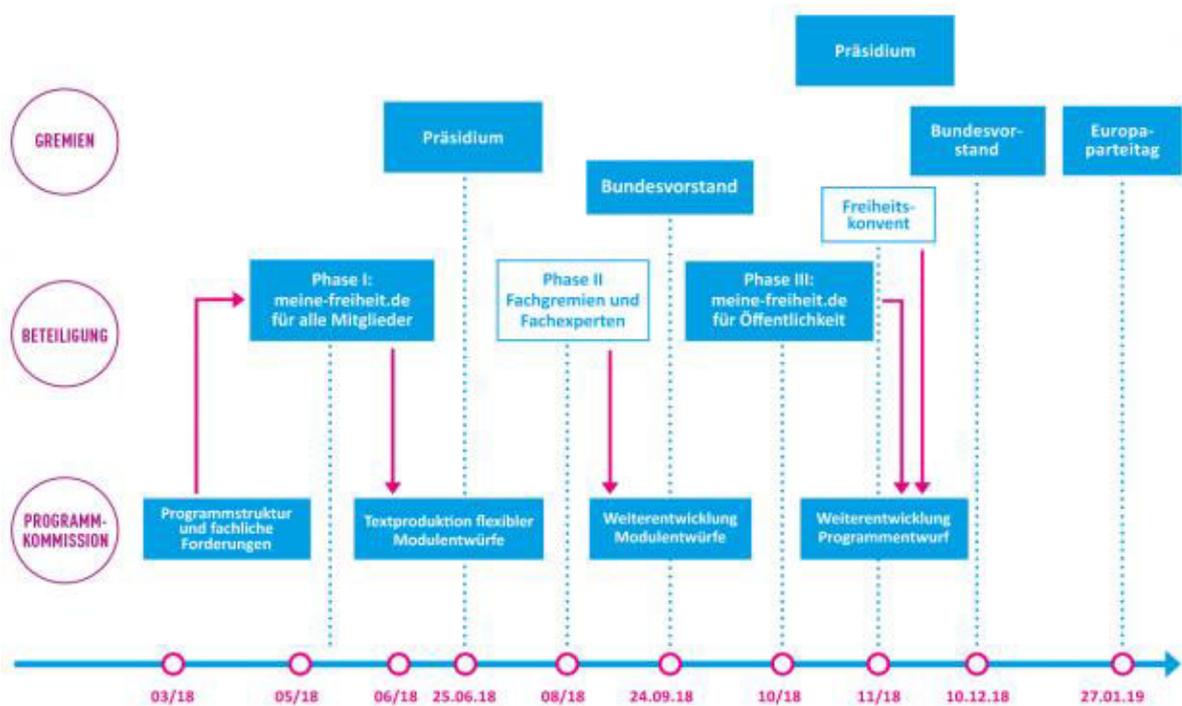
Daher hat vom 28. Mai bis zum 12. Juni 2018 eine erste Beteiligungsphase stattgefunden. Hierbei hatten die Mitglieder die Möglichkeit, die angedachte Programmstruktur mit den dazugehörigen fachlich-politischen Forderungen zur Zukunft Europas zu diskutieren, zu kommentieren und zu ergänzen.

Anschließend waren die Fachgremien und Fachexperten vom 12. Juli bis 19. August dazu aufgerufen, Stellungnahmen zu den ersten Modulentwürfen abzugeben. Diese wurden durch die Programmkommission gesichtet.

Mit den vielen wertvollen Ideen, Hinweisen und Ergänzungen der Mitglieder und Fachgremien hat die Programmkommission insgesamt über 150 Modultexte erarbeitet.

Im nächsten Schritt konnten alle Mitglieder sowie die interessierte Öffentlichkeit vom 1. bis 21. Oktober 2018 die Modulentwürfe bewerten, diskutieren und ergänzen. Schließlich haben wir bei unserem Freiheitskonvent am 11. November 2018 in Berlin haben wir mit vielen Parteifreunden, externen Experten und Kollegen von unseren Schwesterparteien der ALDE, über den Programmentwurf diskutiert. Anschließend hat die Programmkommission sich mit den eingegangenen Anregungen befasst und den Entwurf des Europawahlprogrammes weitergeschrieben. Am 10. Dezember hat der FDP-Bundesvorstand den Entwurf für das Europawahlprogramm 2019 beraten und verabschiedet.

Der Programmentwurf wurde Anfang Januar mit dem Antragsbuch an die Vertreterinnen und Vertreter zum Europaparteitag versandt. Auf dem Europaparteitag am 27. Januar 2019 in Berlin, haben die Freien Demokraten ihr Europawahlprogramm beschlossen und ihre Kandidaten zur Europawahl gewählt. Nicola Beer führt die Liste an.



Entstehung des FDP-Europawahlprogramms.

Ad-hoc Arbeitsgruppe des Präsidiums „Chancen durch Vielfalt“

Leitung: Nicola Beer und Marco Mendorf

Die Freien Demokraten sind in den letzten Jahren dynamisch gewachsen. Zugleich stellen wir fest, dass im Jahr 2017 der Frauenanteil in der FDP mit 21,88% den niedrigsten Wert der letzten 30 Jahre (1987: 25%) erreicht hat.

Der Anteil der weiblichen Neumitgliederquote liegt bei 18,52 Prozent. Der weibliche Anteil bei ausgewählten Funktionsträgern ist bei den Bundestagsabgeordneten mit 23,75 Prozent am höchsten, hingegen bei den Kreisvorsitzenden mit 15,84 Prozent am geringsten. Das Wählerstimmenergebnis der FDP fiel bei der Bundestagswahl 2017 bei Männern (12 Prozent; 2013: 5 Prozent) besser als bei den Frauen (10 Prozent; 2013: 4 Prozent) aus.

Die Freien Demokraten verstehen sich als Partei der Vielfalt. Mit diesem aktuell geringen Anteil von Frauen in der Partei wollen wir uns nicht abfinden. Wir setzen uns für eine konsequente Gleichberechtigung und Gleichbehandlung von Frauen und Männern ein. Wir stellen den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt und fördern eine Kultur der Wertschätzung und Vielfalt.

Auf Anregung des Bundesvorsitzenden hat das Präsidium der Freien Demokraten deshalb mit Beschluss vom 16. April 2018 die Ad-hoc Arbeitsgruppe „Chancen durch Vielfalt“ eingesetzt. Die Gruppe umfasste anfangs unter der Leitung von Nicola Beer und Marco Mendorf dreizehn Mitglieder. Sie wurde am 27. Juli 2018 auf 19 Mitglieder erweitert. Mitglieder sind:

Grigorios Aggelidis, Nicola Beer, Nicole Bauer, Katja Grosch, Dr. Margarete Haase, Donata Hopfen, Dr. Lydia Hüskens, Maren Jasper-Winter, Liane Knüppel, Marco Mendorf, Thomas Sattelberger, Mieke Senftleben, Ria Schröder, Lencke Steiner, Katja Suding, Linda Teuteberg, Verena Pausder, Cécile Weidhofer, Johannes Vogel.

Die Arbeitsgruppe „Chancen durch Vielfalt“ hat die Aufgabe sich u. a. ergebnisoffen mit den festgestellten Herausforderungen zu befassen und Handlungsvorschläge zu erarbeiten. Von April 2018 bis April 2019 gab es vier Workshops, zwei Videokonferenzen, drei öffentliche Veranstaltungen auf dem 69./70. BPT sowie im Hans-Dietrich-Genscher-Haus im November 2018.

Als erste Maßnahme hat die Arbeitsgruppe im Zeitraum vom 3. bis zum 8. Mai 2018 weibliche FDP-Parteimitglieder mit einer Onlineumfrage nach ihrem politischen Engagement, ihrer persönlichen Situation und nach ihrer Meinung und Einschätzung zum Thema „Frauen in der FDP“ befragt. Die Teilnehmerquote betrug 22,8 Prozent.

Eine wichtige Erkenntnis war: die weiblichen Mitglieder, gerade die neu eingetretenen, bringen eine hohe Motivation mit und wollen sich für die Freien Demokraten engagieren. 42 Prozent der befragten weiblichen Parteimitglieder, die an der Umfrage teilgenommen haben, sind daran interessiert, ein politisches Amt zu übernehmen. Allerdings engagieren sich laut Umfrage die weiblichen Mitglieder in der FDP häufig deshalb nicht, weil sie andere Prioritäten beruflich oder privat setzen beziehungsweise die Prozesse und Arbeitsweise der Partei als „zu männlich“ empfinden.

Die Ergebnisse der Umfrage wurden sozialwissenschaftlich durch Dr. Ina E. Bieber, Wissenschaftlerin am Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften Mannheim, ausgewertet und im Rahmen einer Veranstaltung am 5. November 2018 vorgestellt.

Strukturelle Veränderungen der Parteiorganisation und -struktur sind laut Dr. Bieber dringend und zwingend notwendig, damit Frauen die Chance bekommen, sich innerhalb der Parteien effektiv und angemessen engagieren zu können. Weibliche Mitglieder möchten insbesondere Frauennetzwerke, Mentoring-Programme, Schulungen oder Workshops. Außerdem sei der Zeitfaktor für Frauen ein großes Problem. Daher sei zu überlegen, inwiefern Parteiarbeit effizienter organisiert werden kann.

Diese Fragestellungen wurden in der anschließenden Diskussion im Atrium des Hans-Dietrich-Genscher-Hauses durch das von Dr. Anne Sauerbrey vom Tagesspiegel moderierte Podium mit Nicola Beer, Generalsekretärin der FDP, Dr. Ina E. Bieber, Dr. Maren Jasper-Winter, frauenpolitische Sprecherin sowie Sprecherin für berufliche Bildung im Berliner Abgeordnetenhaus sowie Nicole Bauer, frauenpolitische Sprecherin der FDP im Bundestag, diskutiert.

Als Konsequenz aus der Umfrage entwickelte die Arbeitsgruppe „Chancen durch Vielfalt“ beispielsweise:

- den Antrag des Bundesvorstandes der FDP zum 70. Ord. Bundesparteitag (2019) „Freiheit durch Emanzipation: Liberale Agenda für Selbstbestimmung und Vielfalt“
- ein System von Zielvereinbarungen zwischen dem Bundesvorstand und den Landesverbänden, dass den Anteil an Frauen in Ämtern und Mandaten steigern soll, sowie
- einen „Code of Conduct“ für einen respektvollen Umgang und Vielfalt in der Partei.

Zudem ist die Überarbeitung des Parteihandbuchs gemeinsam mit der Kommission Parteientwicklung angegangen worden, um u. a. neue und attraktivere Veranstaltungsformate für Frauen zu entwickeln und die Parteiarbeit vor Ort effizienter, gerade auch zeit- und ortsunabhängiger zu organisieren.

Ferner konnte durch Diskussionen mit der Friedrich-Naumann-Stiftung deren Mentoring-Programm für Frauen verbreitert und auf die Landesstiftungen erweitert werden.

3 Liberales Vorfeld

Bundesverband Junge Liberale

Vorsitz: Ria Schröder

Zwischen Frühjahr 2017 und Frühjahr 2019 lag für die Jungen Liberalen eine spannende Zeit, die stark durch die Bundestagswahl 2017 geprägt war. Den Sommer nutzten die Jungen Liberalen um mit verschiedenen Aktionen junge Menschen in ganz Deutschland zur politischen Meinungsbildung zu ermuntern. Der Bundesverband gab hierfür eine Rahmenkampagne vor und füllte diese offline und online aus. In einem „Social Media War Room“ in Berlin waren über die Wahlkampfmonate rund 15 Digital Natives damit befasst, den Online-Wahlkampf zu gestalten und ansprechende Kampagnen zu planen. Bei der „Place to be“-Tour wurden mit einem Kleinbus Festivals, Stadtfeste und Badeseen angefahren, um junge Menschen da zu treffen, wo sie ihre Freizeit zu verbringen. Die JuLi-Campaign Challenge motivierte die eigenen Mitglieder zum Wahlkampf, in dem diese in Gruppen wie bei einer Schnitzeljagd durch die Stadt geleitet wurden und an gezielten Orten bestimmte Aktionen durchführten. Der gesamte Wahlkampf wurde außerdem von einer Gamification-App begleitet, bei der Mitglieder für Wahlkampfaktionen Punkte sammeln und gegeneinander um die Ehre als „Beste Wahlkämpferin“ oder „Bester Wahlkämpfer“ antraten. Insgesamt konnte die FDP so durch die Unterstützung der Jungen Liberalen ein überdurchschnittliches Jungwählerergebnis erzielen.

Im Wahlkampf und auch danach haben deutschlandweit tausende neue Mitglieder den Weg zu den JuLis gefunden. Ihnen nicht nur eine politische Heimat zu geben, sondern sie bei der Gestaltung von Politik aktiv mit einzubeziehen, war eines der zentralen Anliegen des Bundesverbandes. Mit über 10 Neumitgliederseminaren in allen Ecken Deutschlands wurden die neuen Mitglieder durch den Bundesverband begrüßt und ihnen wurden Möglichkeiten für die eigene Partizipation aufgezeigt.

Der Bundesverband der Jungen Liberalen veranstaltet weiterhin hochkarätige Seminare für Mitglieder und Interessierte: Um Methodik und Fähigkeiten zu schulen, veranstaltet der Bundesverband seit nunmehr vier Jahren jährlich ein großes Praxisseminar mit herausragenden Referentinnen und Referenten und rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet, die in den Bereichen Pressearbeit, Organisation, Programmatik und Schatzmeisterei sowie Ombudsarbeit geschult werden. Darüber hinaus fanden thematische Seminare wie die Sommerakademie mit den Schwerpunkten „Tierrechte“ und „Zukunft der Arbeitswelt“ und das Seminar „Living Democracy“ statt. Außerdem fand das Frauenseminar „Female Future Forum“ bereits zum dritten Mal statt. Nachdem der vorherige Bundesvorsitzende Konstantin Kuhle in den Bundestag gewählt wurde, trat er zur Vorstandswahl im April 2018 nicht erneut an. Der Bundesvorstand der JuLis wird seit dem Frühjahr 2018 von Ria Schröder angeführt, die zuvor stellvertretende Bundesvorsitzende gewesen ist.

Insgesamt wurden vier ordentliche Bundeskongresse durchgeführt, die sich mit unterschiedlichsten Themenfeldern beschäftigten. Nachdem im Frühjahr 2017 das Bundestagswahlprogramm beschlossen wurde, war das Thema des Herbstkongresses in Jena die Verortung der Jungen Liberalen zu der neu gewählten FDP-Bundestagsfraktion. Im Frühjahr 2018 positionierten sich die Jungen Liberalen in Gütersloh etwa zu Frauenquoten, Paragraph 219a StGB und dem Verhältnis von Staat und Religion. Das Europawahlprogramm „Europa, lass uns wieder Geschichte schreiben!“ war das Hauptthema des Herbstkongresses in Bingen (Herbst 2018) und das zentrale Thema des Frühjahrskongresses in Bremen 2019 wird die Freiheit junger Menschen aus dem ländlichen Raum sein. Dies wird auch gleichzeitig der Auftakt für den Wahlkampf zur Europawahl im Mai 2019 sein.

Liberaler Mittelstand

Vorsitz: Thomas L. Kemmerich

Folgende Sitzungen wurden vom Bundesvorstand des Liberalen Mittelstands durchgeführt:

- 02. März 2018 - Berlin
- 12. Mai 2018 - Berlin - beim Bundesparteitag
- 02. November 2018 - Berlin vor der Delegiertenkonferenz
- 03. November 2018 Bundesdelegiertenkonferenz mit 75 Delegierten in Berlin
 - mit folgenden Themen: Social Entrepreneurship
 - Berichte aus den Landesverbänden
 - Beratung diverser Anträge - 3 dieser Anträge werden auf dem Bundesparteitag
 - eingebracht
- 01. Dezember 2018 - Kronberg im Taunus

Was haben wir erreicht:

In fast allen Landesverbänden werden gut besuchte Veranstaltungen durchgeführt. Die Mitgliederzahl wächst stetig. Der Vorstand ist auch online mit einem modernen Internetauftritt sowie in den sozialen Netzwerken Facebook und Twitter präsent und aktiv.

Bundesverband Liberale Frauen

Vorsitz: Katja Grosch

Stellvertreterinnen: Heike Schaumann, Elke Metzler, Jacqueline Krüger

Schatzmeisterin: Marianne Schröder

Protokoll: Kirsten Cortez de Lobao

Die Bundesvereinigung Liberale Frauen war in den vergangenen Monaten vielfältig aktiv. Nach der Neugründung des Landesverbandes Thüringen (2016) konnten ebenfalls die Landesverbände Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Saarland neu belebt werden. Die Landesverbände Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sind in Planung. Die Mitgliederzahl wächst erfreulich stetig weiter. Mittlerweile gründen sich zahlreiche Bezirks- und Kreisverbände in Bayern und NRW.

Die Liberalen Frauen waren auf jedem Bundesparteitag mit einem Stand vertreten. Sie bringen ihre eigenen Anträge ein (z.B. den Antrag auf Abschaffung des § 219a StGB auf dem BPT 2017).

Die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Frauenrat wurde wiederaufgenommen und intensiviert.

Es besteht weiterhin enger Kontakt zur Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Beschlossen wurde, das bis dato sehr erfolgreiche Frauenförderprogramm auszubauen und die Zusammenarbeit weiter zu vertiefen.

2018 wurde der oben genannte Vorstand neu gewählt. Ein Relaunch mit neuem CD/CI, neuer Website etc. wurde beschlossen und umgesetzt. Sehr aktiv und erfolgreich arbeitet das Social-Media Team. Im Januar 2019 waren die Liberalen Frauen in Klausurtagung in der Theodor-Heuss-Akademie. Neue Leitsätze, ein neues Leitbild und einige Anträge für den BPT 2019 waren das Ergebnis. Für dieses Jahr (2019) sind einige Dinge in der Planung, wie z.B. Veranstaltungen zur Wahlkampfunterstützung für die FDP Landesverbände Brandenburg, Sachsen und Thüringen zu den jeweiligen Landtagswahlen.

Bundesverband der Liberalen Senioren

Vorsitz: Detlef Parr

Die erfolgreichen Bundestagswahlen mit der Rückkehr der FDP in den Bundestag – ein gemeinsamer Erfolg von Jung und Alt - brachten auch Rückenwind für die Liberalen Senioren (LiS). Mit Grigorios Aggelidis MdB als seniorenpolitischem Sprecher haben wir wieder einen Partner in Fraktion und Parlament, unterstützt von der pflegepolitischen Sprecherin Nicole Westig MdB und unserem LiS-Bundesvorstandsmitglied Manfred Todtenhausen MdB. Wir freuen uns über die gute Zusammenarbeit.

Dafür haben wir neue Strukturen geschaffen und die Aufgaben breiter verteilt - die stellv. Bundesvorsitzenden Eckart George stehen für den generationsübergreifenden Dialog und Dr. Wolfgang Allehoff für Bildung, Digitalisierung und lebenslanges Lernen. Bundesschriftführer Dirk-Heinrich Heuer kümmert sich um Gesundheit, Pflege und Inklusion, die Bundesvorstandskollegen Horst Friedrich um Infrastruktur, Mobilität und den ländlichen Raum und Berthold Bahner um Freiheit und ethische Fragen. Liberale Senioren wirken in den FDP-Bundesfachausschüssen mit, die Mitarbeit in der BAGSO (Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen) und ihren Fachkommissionen macht sich bezahlt. So konnten wir uns z.B. inhaltlich in den Antrag zum Bundesparteitag „Der Patient im Mittelpunkt – den Arzt im Blick“ einbringen und einen eigenen Antrag „Integrierte Lösungskonzepte für das Älterwerden auf dem Land und in der Stadt“ stellen. Auch in den Stellungnahmen der BAGSO finden sich liberale Gedanken wieder.

Die Kooperation mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ist eine wesentliche Stütze unserer Arbeit. So konnten wir ein hochkarätig besetztes Liberales Seniorenforum in Berlin durchführen, das sich dem Thema „Technische Entwicklungen und Digitalisierung – Chancen für die Älteren“ widmete – mit Experten aus Wissenschaft, sozialem Ehrenamt, Industrie und Versicherungswirtschaft. Eine Dokumentation sorgt für die gewünschte Nachhaltigkeit.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Angriffe auf unsere Demokratie nahmen wir die Wertediskussion (Bedeutung unseres Grundgesetzes) wieder auf, intensivierten den Generationenaustausch, setzten uns für das Selbstbestimmungsrecht bis zum Lebensende ein und sind dabei, Lösungsvorschläge zur Bekämpfung von Altersarmut zu erarbeiten – einem Thema mit leider wachsender Bedeutung.

Mit Sorge beobachten wir nach den letzten Landtagswahlen, dass der Zuspruch der über 60-Jährigen für die FDP abbröckelt. Der FDP-Bundesvorstand und der Bundesvorsitzende Christian Lindner nehmen sich mittlerweile unserer Mahnungen an und richten den Blick verstärkt auf diese größte Wählerinnen-und Wählergruppe. Gerade bei den Europawahlen wird diese Generation mit ihren Erfahrungen von Schlagbäumen, Zollschränken, Handelsbarrieren und Bildungshürden eine wichtige Rolle spielen. Wir Liberalen Senioren wollen ein Europa, das die Demokratie schützt, die Rechtsstaatlichkeit sichert und die Soziale Marktwirtschaft wieder zur selbstverständlichen Grundlage von Freiheit und Wohlstand macht.

Bundesverband Liberale Hochschulgruppen

Vorsitz: Lukas Tiltmann

Im Jahr 2017 erneuerte der Bundesverband der Liberalen Hochschulgruppen sein äußeres Erscheinungsbild. Dazu wurden Logos und Designs angepasst und gänzlich andere Farben verwendet. Dies war nicht nur auf der Website und Visitenkarten zu sehen, sondern zog sich durch alle zur Verfügung gestellten Werbemittel.

Des Weiteren war es ein Bestreben den größten möglichen Service für alle Ortsgruppen zu garantieren. Die engere Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand, die Verfügbarkeit von Werbemitteln in Form von Roll-Ups, Flyern, Stickern u. ä., sowie Unterstützung bei Veranstaltungen sind nur einige Punkte. Zu genannten Veranstaltungen zählen unter anderem auch die Diskussionsrunden an Hochschulen deutschlandweit, die immer stark besucht waren. 2017 war mit dem Wiedereinzug in den Bundestag auch ein wichtiges Jahr für die FDP. Die Liberalen Hochschulgruppen waren in dieser Zeit stets Unterstützer und bildungspolitischer Ideengeber, jedoch auch konstruktiver Kritiker und Diskussionspartner zugleich.

Im Jahr 2018 wurde die Professionalisierung der Arbeitsabläufe weiter vorangetrieben. Der Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen sah sich fortan als hochschulpolitischen Interessenverband. Daher war die Zusammenarbeit mit politischen Akteuren und Partnern, wie der Friedrich-Naumann-Stiftung – mit der es auch zahlreiche gemeinsame Veranstaltungen gab – fundamental. Im Jahr 2018 lag der programmatische Fokus auf Europa.

Mit Blick auf die Europawahlen 2019 forderten die Liberalen Hochschulgruppen einen Europäischen Studierendenausweis, die Etablierung Europäischer Universitäten und eine European Digital University (EDU), um lernen von überall möglich zu machen. Ebenfalls gab Johannes Dallheimer bekannt, nach 3 Jahren Amtszeit als Vorsitzender nicht mehr erneut zur Wahl zu kandidieren. Seit Januar 2019 arbeitet nun der neue Vorstand unter dem Vorsitzenden Lukas Tiltmann. Bereits im Januar und Februar 2019 präsentierten sich einige Ortsgruppen mit starken Wahlkämpfen und Ergebnissen. Mit Hinblick auf die Europawahl, sind durch den Bundesverband, aber speziell auch durch die Ortsgruppen und Landesverbände zahlreiche spannende Veranstaltungen im ganzen Bundesgebiet organisiert. Der neue Vorstand geht motiviert in das neue Jahr 2019. Das Ziel ist es die Netzwerke in Politik und Wirtschaft noch weiter auszubauen. Wir hoffen auf starke Wahlkämpfe und freuen uns auf die kommenden Veranstaltungen.

Bundesvereinigung Liberaler Kommunalpolitiker

Vorsitz: Judith Pirscher

Die VLK-Bund hat ihre Informationsarbeit für die Kommunalpolitiker weiter verstärkt. Dabei wird aus Gründen der Aktualität und auch aus Kostengründen Facebook als Medium eingesetzt. Mehrmals in der Woche wird über aktuelle Themen berichtet. Dabei werden die unterschiedlichsten Anbieter von kommunalrelevanten Informationen berücksichtigt.

Die Zusammenarbeit mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit wurde fortgesetzt. Der Bundesvorstand besuchte im Rahmen seiner Vorstandsklausur am 11. März 2018 ein Seminar der Stiftung in Wismar.

Am Rande der Bundesparteitage wird regelmäßig gemeinsam mit der Stiftung ein Info-Block angeboten.

Am 24.8.2018 tagte die Delegiertenversammlung der Bundes-VLK in Münster. Zentrales Thema war die Digitalisierung als Herausforderung für die Kommunalpolitik.

Kommunalpolitik wird in den Kommunen gemacht, die Rahmenbedingungen –insbesondere die Finanzausstattung- sind Ländersache. Daraus ergibt sich, dass ein Schwerpunkt der Arbeit durch die Landesverbände der VLK geleistet wird. Durch die Landesverbände werden Bildungsveranstaltungen angeboten und Informationsschriften erstellt. Die Bundes-VLK vernetzt diese Arbeit in den Ländern und setzt dabei besonders auf Kooperationen und einen regelmäßigen Informationsaustausch. Gemeinsam mit dem NRW- Landesfachausschuss Finanzen und der VLK-NRW hat die Bundes-VLK eine Schrift zur Tätigkeit von Kommunalpolitikern als Vertreter der Gemeinden in Aufsichtsräten erstellt und allen Landesverbänden zur Verfügung gestellt.

Die Bundes-VLK gibt die Fachzeitschrift „Das Rathaus“ in elektronischer Form heraus www.das-rathaus.de und verleiht den Engagementpreis „Das Liberale Rathaus“ als Wanderpokal.

Bundesgeschäftsführer: Karl Peter Brendel

Redaktionsleiter: Marcel Schiller

Liberele Schwule und Lesben

Vorsitz: Michael Kauch

Der Bundesverband Liberale Schwule und Lesben (LiSL) befindet sich weiter in einer Wachstumsphase. Seit 2013 konnte die Mitgliederzahl inzwischen mehr als verdoppelt werden.

LiSL versteht sich als liberale Vorfeldorganisation, die zum einen Bürgerrechts- und Menschenrechtsthemen hinsichtlich Lesben, Schwulen und Transgender in die Partei trägt, zum anderen Zielgruppenarbeit für die Freien Demokraten bei interessierten Bürgerinnen und Bürgern leistet.

Folgende Aktivitäten sind hervorzuheben:

Gemeinsam mit der Bundespartei und den Jungen Liberalen wurde 2017 und 2018 erneut eine gemeinsame Kampagne zu den Christopher Street Days organisiert. Diese wird unter der Leitung von Michael Kauch mittlerweile in über 40 Städten unterschiedlicher Größe umgesetzt – von Köln bis Chemnitz, von Kiel bis Freiburg. Die Kampagne schafft seit 2004 Sichtbarkeit für die FDP und ihre Politik und ist die größte kontinuierliche Kampagne in der liberalen Familie. Auch für 2019 ist eine Fortsetzung der Kampagne in Vorbereitung.



Freie Demokraten und die Liberalen Schwulen und Lesben zeigen Flagge auf dem Berliner Christopher-Street-Day.

Innerhalb der FDP hat sich LiSL aktiv an der Erstellung des Europawahlprogramms beteiligt und wesentliche Zuarbeiten für die Positionierung zu Familienrecht, Diversity Management, Antidiskriminierungspolitik und Menschenrechten geliefert. Unterstützt wurde auch die AG Vielfalt der Bundespartei.

LiSL ist im Dialog mit der Bundestagsfraktion und den Landtagsfraktionen der FDP – mit aktiven thematischen Anregungen und Zuarbeiten bei Anfragen. LiSL-Vorstandsmitglied Jens Brandenburg MdB leitet als Bundestagsabgeordneter die Arbeitsgruppe zur Politik für LSBTI (Lesben, Schwule, Bi-, Trans- und Intersexuelle) innerhalb der Fraktionsvorsitzendenkonferenz und organisiert einen regen Austausch der Ansprechpartner/innen in den Fraktionen über gute Initiativen in den einzelnen Bundesländern und im Bund.

Programmatisch hat LiSL 2018 einen Schwerpunkt auf das Verhältnis von Islam und LSBTI gelegt und dazu ein differenziertes Positionspapier vorgelegt. In 2019 befasst sich LiSL mit dem Schwerpunktthema „LSBTI und öffentlicher Dienst“ – sowohl hinsichtlich des Diversity Managements bei öffentlichen Arbeitgebern als auch zum Umgang mit LSBTI als Bürger/innen seitens öffentlicher Institutionen.

Im vergangenen Jahr wurde ein europäischer Dachverband von LiSL und vergleichbaren liberalen Verbänden gegründet: die LGBTI Liberals of Europe. Die Initiative ging von LiSL-Vorstandsmitglied Ralf Fröhlich aus, der inzwischen Präsident der neuen, von der ALDE unterstützten europäischen Organisation ist.

Seit 2018 ist LiSL in allen Bundesfachausschüssen der Partei vertreten. Der LiSL-Bundesvorsitzende ist ständiger Gast im FDP-Bundesvorstand. Im Jahr 2016 hatte der Bundesparteitag die Vorfeldorganisation in der Satzung der Bundespartei verankert. In den meisten Landesverbänden steht dies noch aus.

4 Statistik

Mitgliederentwicklung im Berichtszeitraum

Landesverband	31.12.2018	Männer	Frauen	Frauen in %	31.12.2016
Baden-Württemberg	7.529	5.928	1.601	21,26	6.451
Bayern	6.534	5.202	1.332	20,39	5.012
Berlin	3.318	2.583	735	22,15	2.639
Brandenburg	1.273	1.009	264	20,74	1.141
Bremen	386	314	72	18,65	301
Hamburg	1.497	1.228	269	17,97	1.161
Hessen	6.322	4.943	1.379	21,81	5.478
Mecklenburg-Vorpommern	685	556	129	18,83	704
Niedersachsen	5.957	4.725	1.232	20,68	5.282
Nordrhein-Westfalen	17.286	13.368	3.918	22,67	13.921
Rheinland-Pfalz	4.411	3499	912	20,68	4.021
Saarland	1.000	724	276	27,60	1.048
Sachsen	2.064	1.654	410	19,86	1.879
Sachsen-Anhalt	1.266	979	287	22,67	1.210
Schleswig-Holstein	2.652	2.012	640	24,13	2.054
Thüringen	1.258	987	271	21,54	1.181
Ausland / bundesunmittelbar	474	396	78	16,46	413
Gesamt-Partei	63.912	50.107	13.805	21,60	53.896

Wahlergebnisse im Berichtszeitraum (März 2017 bis März 2019)

Wahl	Datum	Wahlergebnisse für die FDP
LTW Saarland	26.03.2017	3,3 %
LTW Schleswig Holstein	07.05.2017	11,5 %
LTW Nordrhein-Westfalen	14.05.2017	12,6 %
BTW	24.09.2017	10,7 %
LTW Niedersachsen	15.10.2017	7,5 %
KW Schleswig-Holstein	06.05.2018	6,7 %
LTW Bayern	14.10.2018	5,1 %
LTW Hessen	28.10.2018	7,5 %

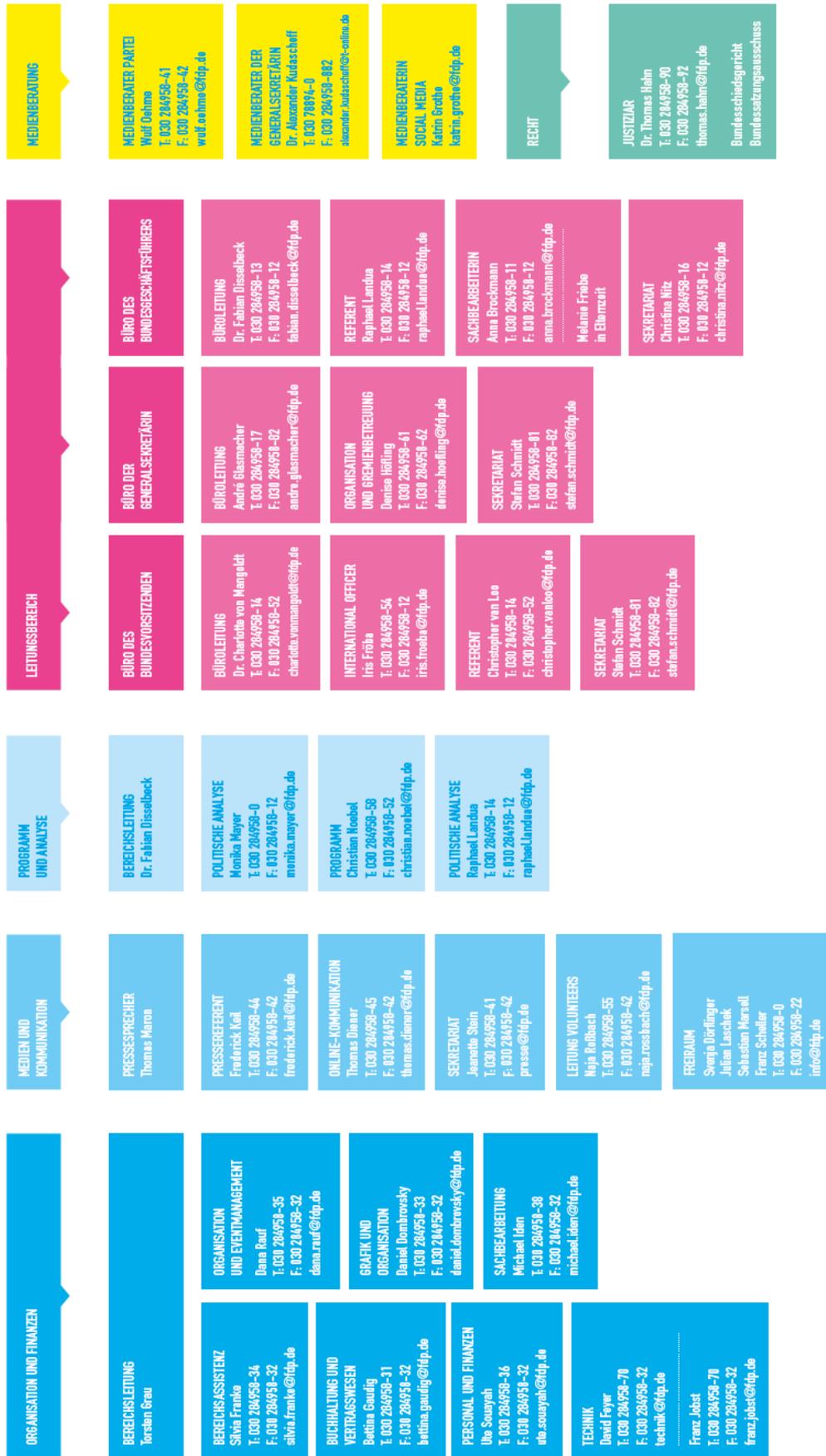
BTW = Bundestagswahl

LTW = Landtagswahlen

KW = Kommunalwahl

Organisationsplan der FDP-Bundesgeschäftsstelle

BUNDESGESCHÄFTSFÜHRER Marco Mendorf



Impressum

Freie Demokratische Partei
Bundesgeschäftsstelle
Hans-Dietrich-Genscher-Haus
Marco Mendorf
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin
T: 030 284958-10
F: 030 284958-12
marco.mendorf@fdp.de
Gesamtherstellung: FDP-Bundesgeschäftsstelle, Hans-Dietrich-Genscher-Haus,
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin
Fotos: Petra Horstick, Caitlin Hardee